

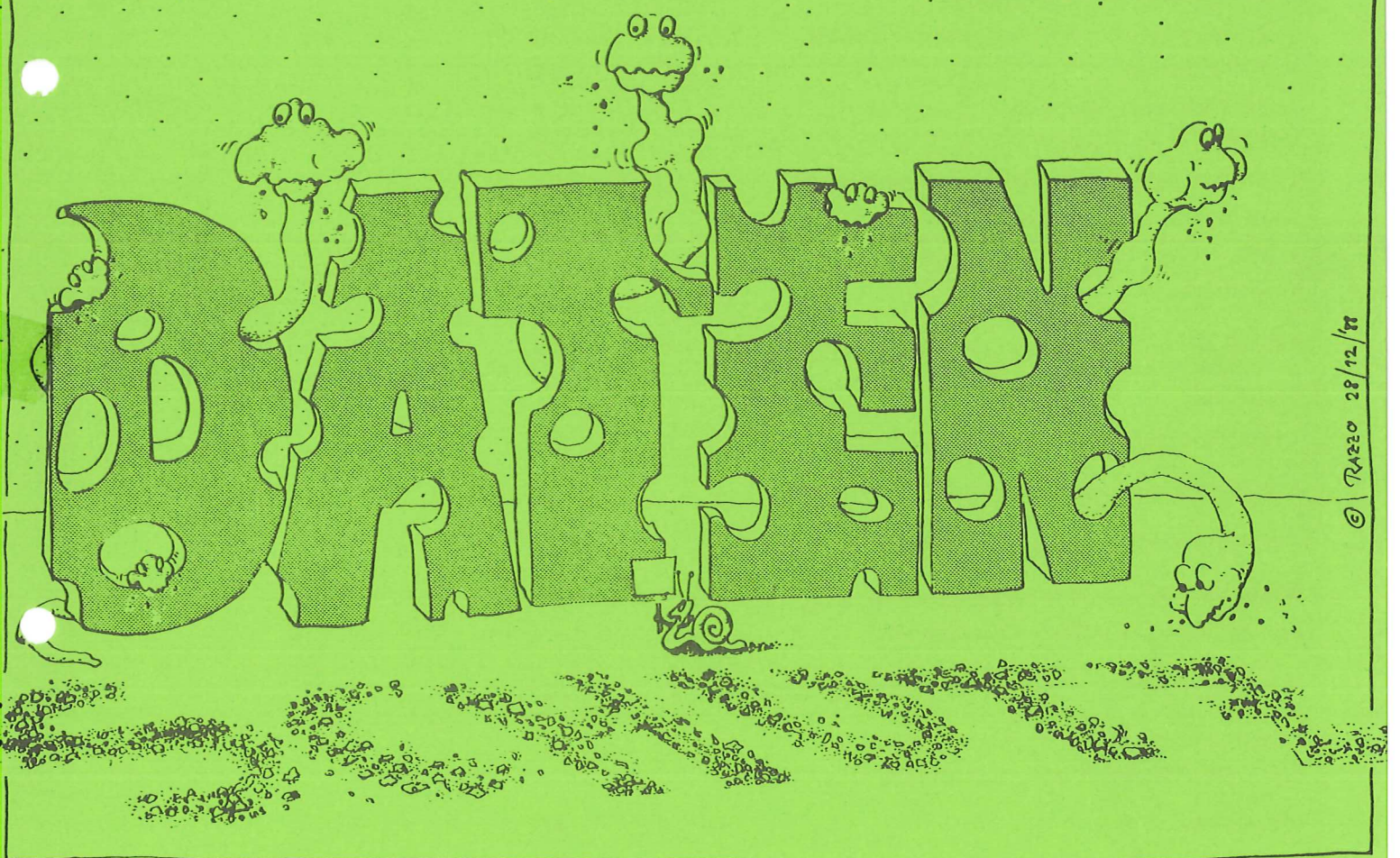
K O M M U N I K A T I O N

Forum InformatikerInnen
für Frieden und
gesellschaftliche
Verantwortung e.V.

6. Jahrgang
Januar 1989

Heft 1/89

Einzelpreis: 3.— DM



© RA220 28/12/88

Thesen: Das demokratische Potential der Neuen Fabrik

Eindrücke von der FIFF-Jahrestagung 1988

Telekommunikation und Datenschutz

Hervorstechend: Der bayerische Datenschutzbeauftragte

Informationstechnische Grundbildung - aber wie?

Entgegnung auf Hartmut Wedekind

INHALT

EDITORIAL	3
FORUM	4
AKTUELL	
• Offener Dialog und Forschung über Ziele und Folgen der Informations- und Kommunikationstechnik	6
• Gesellschaftliche Verantwortung der Informatiker	8
• Zur Sicherheit von Atomanlagen	8
• Frauen und Informatik: Anspruch und Realität	9
• FIFF in Europa	10
• Ein Postkunde wehrt sich	11
• Call for Papers I und II	12
• Ein Lehrstuhl für Informatik und Gesellschaft!?	13
• Berichte aus der Friedensbewegung	13
• Wer hilft beim Aufbau des IWIF-Archivs?	13
• Restrisiko ...	14
FIFF E.V.	14
THESEN	
• Das demokratische Potential der Neuen Fabrik	16
Eindrücke von der FIFF-Jahrestagung 1988	19
Telekommunikation und Datenschutz	22
Hervorstechend: Der bayerische Datenschutzbeauftragte Sebastian Oberhauser	25
Informationstechnische Grundbildung - aber wie?	29
Entgegnung auf Hartmut Wedekind "Gibt es eine Ethik der Informatik?"	31
FIFF-ÜBERALL	34
LESEN?	38
TERMINE	38
ADRESSEN	37
VIELZWECKSCHNIPSEL	36
IMPRESSUM	39
SCHLUSS-PFIFF	40

EDITORIAL

Die FIFF KOMMUNIKATION hat sich ein gutes Stück in der Richtung entwickelt, die wir uns zu Beginn unserer Arbeit gewünscht und vorgenommen haben. Dank der regen Unterstützung von vielen Seiten hat das neueste Heft einen Umfang, den so schnell erreicht zu haben, für uns freudige Überraschung und wirkungsvolle Motivation für die Arbeit im neuen Jahr ist.

Es sind Diskussionen zu drängenden Themen in Gang gekommen, denen die FIFF KOMMUNIKATION nun ein Forum bietet, die Kommunikation mit Gruppen ähnlicher Zielsetzungen hat begonnen, die Darstellung des FIFF nach außen bekommt deutlichere Konturen.

Auch andere beginnen, die FIFF KOMMUNIKATION wahrzunehmen: Die angekündigte Stellungnahme von Bernd Schneider und Gerhard Wohland zu Hartmut Wedekinds Ethik-Beitrag im Informatik-Spektrum erscheint in diesem Heft in der vollständigen Fassung; das Informatik-Spektrum bringt eine Kurzfassung dieser Stellungnahme und einen Hinweis auf die Langfassung in der FIFF KOMMUNIKATION. Wir freuen uns, diese ausführliche Stellungnahme zur Frage "Gibt es eine Ethik der Informatik?" veröffentlichen zu können, denn die Frage nach moralischem Handeln gerade im Bereich unserer beruflichen Arbeit beschäftigt wohl nicht nur die Mitglieder des FIFF.

Zum Thema "Informatisierung der Arbeit" bringen wir in einer Kurzfassung des Vortrages, den Gerhard Wohland auf der FIFF-Jahrestagung gehalten hat, seine wichtigsten Aussagen als THESEN-Beitrag dieses Heftes. Eric Bonse berichtet aus der Sicht eines Politik-Studenten mit Nebenfach Informatik von der Jahrestagung. Er formuliert politische Kritik am Umgang der InformatikerInnen mit der Informatik. Auch für ihn bieten speziell Gerhard Wohlands Thesen Anlaß für kritische Fragen. Auch

Thomas Risse und Wolfgang Schickard setzen sich in einem Leserbrief mit diesen Thesen auseinander.

Am Beispiel des Beitrages von Eric Bonse wird deutlich, daß die interdisziplinäre Diskussion mit Menschen, die mehr Abstand zur Informatik haben als wir Praktizierenden, so wichtig ist, daß wir sie verstärken sollten. Das ist gewiß nicht von heute auf morgen zu schaffen, erfordert vor allem von Einzelnen die Bereitschaft, die Kommunikation mit Nicht-Informatikern über Informatik und Anwendungen der Informatik zu lernen und zu üben.

Zum Thema "Datenschutz" haben Ulrike Joos, Michael Kempf, Thomas Leuthold, Angelika Reiser, Bernd Rendenbach und Ditz Schroer sich die Mühe gemacht, den ersten Tätigkeitsbericht des Bayerischen Datenschutzbeauftragten Sebastian Oberhauser sorgfältig zu lesen; aus diesem Bericht wird deutlich warum auch im Bereich des Datenschutzes die Verhältnisse in Bayern etwas anders sind als in den anderen Bundesländern. Unter dem Titel "Technologische Entwicklung und Neuordnung der Telekommunikation - wo bleibt der Datenschutz?" veranstaltete die SPD-Fraktion des bayerischen Landtages Ende September ein öffentliches Forum; Peter Bader und Peter Kaiser berichten. Die Bundespost beginnt in München mit der Installation von ISDN-fähigen Telefon-Anschlüssen für Private. Ein Münchner Bürger schickte der Post einen Brief mit unbequemen Fragen; wir drucken diesen beispielhaften Brief als Anregung für ähnliche Fälle.

Zum Thema "Informationstechnische Grundbildung" bekamen wir von Ludger Humbert einen ausführlichen Diskussionsbeitrag aus der Sicht eines Lehrers, der diese Problemstellung sowohl aus der schulischen Praxis kennt wie auch aus der theoretischen Aufarbeitung

in der Arbeitsgruppe "Neue Medien" der GEW Nordrhein-Westfalen.

Zur Diskussion mit Gary Chapman schickte uns Wolfgang Coy seine Stellungnahme eines Antimilitaristen.

Unter anderem gibt es noch Berichte über die Arbeit des AK Rat Bonn, über Seminare an der Universität Kaiserslautern, die aus der FIFF-Arbeit hervorgegangen sind, und über Seminare an der Universität Hamburg "Frauen und Informatik: Anspruch und Realität". Wir hoffen, diese Information regt zu Kontaktaufnahme und Nachahmung an.

Die FIFF KOMMUNIKATION soll in Zukunft zu Beginn eines jeden Quartals erscheinen. Deshalb hat dieses Heft die Nummer 1/89.

Wir wünschen allen Lesern der FIFF KOMMUNIKATION für 1989 viele Ideen für ihre Arbeit im Sinne von FIFF und dazu die Kraft und die Zeit, diese Ideen auch umzusetzen.

Die Münchner Redaktion

FORUM

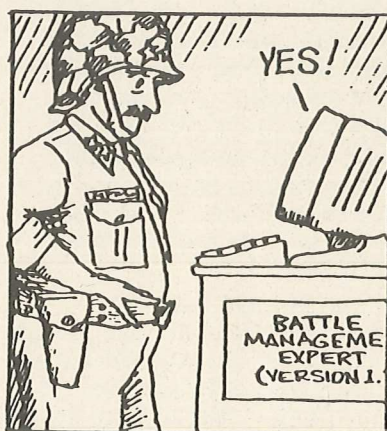
Reaktion³

(Die Diskussion im FORUM darüber, ob das FIFF eine antimilitaristische Organisation ist, kann für Wolfgang Coy noch nicht abgeschlossen sein.)

Anti-Militarist?: Allerdings!

Die FIFF KOMMUNIKATION hat in den letzten beiden Nummern einen Brief des vormaligen Vorsitzenden der Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) gedruckt und dessen "Reaktion" noch eine "Reaktion auf die Reaktion" von Rainer Durchholz zugefügt. Beide Autoren betonen, daß sie grundsätzlich mit den (jeweiligen) Militärs auskommen wollen, und keineswegs eine anti-militaristische Haltung in ihren (jeweiligen?) Organisationen CPSR und FIFF wünschen oder gar unterstützen. Gewisse Probleme mit den aktuell wirksamen Militärs werden zwar eingeräumt, aber unter vernünftigen Bedingungen wird der wissenschaftliche Dialog mit dieser Berufsgruppe und damit auch die Kooperation als möglich, sinnvoll oder wünschenswert dargestellt.

Wo lebt Ihr denn? Wer kann denn nach dieser deutschen Geschichte, nach drei Aggressionskriegen, die von deutschem Boden ausgingen, nach Verdun, Stalingrad und Warschau, nach den amerikanischen Kriegen in Korea, Vietnam, Grenada und der permanenten Bedrohung Nikaraguas ("just to name a few!") noch Bedingungen des Wohlverhaltens an das Militär stellen? Wer kann denn noch Militärs trauen, die uns in die permanente Bedrohung reden (was nix kostet außer Nerven) und die uns mit ihren dauernden Neuanschaffungen den Topf für die Sozial- und Kulturausgaben leerfressen - was entschieden zuviel kostet. 'Jäger 90' ist doch nur der neueste Reflex. Neue U-Boote brauchen wir auch bald, sagt man. Und wie wär's mit



Schlachtschiffen und Flugzeugträgern? Wartet nur ab. Wer kann denn noch mit irgendeinem Funken seines Verstands auf Alliierte hoffen, "die allein zur Verteidigung" gerüstet sind. Habt Ihr noch nie etwas von SDI, SCI, C³I, Interkontinentalraketen, Cruise Missiles, fahrerlosen Kampfpanzern oder Seaborne Battlegroups gehört? Habt Ihr "Air-Land Battle 2000" oder die infame nukleare Hetzschrift "Victory is possible!" vergessen? Hat das Versagen des rechnergestützten Feuerleitsystems Aegis, das Versagen seiner Konstruktion und seiner Bedienung, nicht gerade eben 290 Zivilisten getötet. Was haben die Politiker und Militärs aus dieser Katastrophe gelernt, welche Konsequenzen wurden gezogen? Und Aegis wird von seinen Propagandisten als "Verteidigungsschild" bezeichnet. Collaboration if "there is no tendency for aggression". Wie denn das!?

Andersrum wird's ein Schuh. Vernunft, Anstand und Geschichte verlangen die schärfste Kontrolle der Militärs bis hin zu Ihrer weltweiten Auflösung. Mitarbeit ist auf keinen Fall angesagt. Anti-Militarismus? Ja! Jetzt und dauernd und überall!

Und das heißt: Wer in der Rüstungsindustrie oder gar beim Militär mitmacht, muß dort raus. Klar: Wir sollten diese Kollegen mit ihren Problemen ernst nehmen, Ihnen zuhören, Ihnen helfen. Aber raus müssen sie! Über kurz oder lang.

Uns FIFFlern rate ich, der "Reaktion" zu trotzen und es mit Arno Schmidt zu halten: «Mit fünfzehn Jahren schwor ich zur Fahne des 'Homme au Calas'; auf dieser Fahne aber steht: Ni Dieu ni Maître. Sie verpflichtet die ihr Folgenden zu schärfstem Aufmerken auf Politik und wer immer solche betreibt; das heißt: Regierungen, Kirche, Militär. Und zum schärfsten öffentlichen Widerspruch, sobald wir einen Mißstand zu entdecken meinen; lieber einmal zu oft und lieber einmal zu laut, als einmal zu wenig.»

Wolfgang Coy
 Universität Bremen
 FB Mathematik/Informatik
 Postfach 330440
 2800 Bremen 33

Vom Können der Computer

(Rainer Durchholz schreibt uns zur Besprechung des Buchs Dreyfus/-Dreyfus: "Mind over Machine: the power of human intuition and expertise in the era of the computer" von Klaus Schultz (FIFF KOMMUNIKATION 3/88).)

Ich möchte die im wesentlichen nur referierende Besprechung des Buchs mit einer kritischen Stellungnahme ergänzen. In der Buchbesprechung wird den Autoren bestätigt, daß sie "die Grenzen heutiger Computer ... aufzeigen (können)". Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Leider ist bei Dreyfus/Dreyfus nicht immer so klar, ob sie von derzeitigen oder von prinzipiellen Grenzen sprechen.

Meine Kritik ist grundsätzlicher Natur und richtet sich gegen jede Aussage der Art "Maschinen können niemals ...". Was für die drei Punkte eingesetzt wird, ist entweder am Verhalten überprüfbar und macht dann die Aussage angreifbar, oder es bezieht sich auf Eigenschaften und Werte, die *per definitionem* nur auf Menschen (oder andere Nicht-Maschinen) anwendbar sind. Die Aussage ist dann trivialerweise wahr.

Ich halte solche Behauptungen für gefährlich, weil sie thematisch irreführen und eine trügerische Beruhigung für das bedrohte Selbstwertgefühl der Menschen sein können. Eher möchte ich der Beruhigung mit der genau entgegengesetzten These entgegenwirken: "Maschinen sind im Prinzip zu *allem* fähig, was als Verhalten definierbar ist" - und ich verstehe eine solche Behauptung nicht als euphorische Technikanpreisung, sondern als Mahnung zur Wachsamkeit. Die Frage, die uns angeht, ist nicht "Können Maschinen das?", sondern "Dürfen Maschinen, was sie können?". Sie ist also eine ethische Frage. Sie stellt sich dringender mit jedem neuen Erfolg der Informationstechnik. Ihre Beantwortung verlangt von uns eine Vorstellung von dem, was sein soll, was für die menschliche Gesellschaft der

Zukunft gelten soll, wohin sich die Mensch-Maschinen-Gesellschaft entwickeln soll. Sie darf nicht mißverstanden werden als interessantes Thema für abstrakte Spekulation, sondern sie wird mehr und mehr zu einer existentiellen Frage in einem sehr wörtlichen Sinne. Behauptungen wie "Maschinen können niemals ..." lenken von der wirklich wichtigen Frage ab und sind deshalb schädlich. Fast möchte man meinen, daß solche Maschinen-können-niemals-Sätze von einer Seite lanciert werden, die ein Interesse daran hat, auf der Erde eine Maschinenherrschaft zu errichten.

Rainer Durchholz
Habichtweg 29
5205 St. Augustin 1

Zu schön um wahr zu sein

(Im folgenden machen Thomas Risse und Wolfgang Schickard einige Anmerkungen zum Vortrag "Das demokratische Potential der Neuen Fabrik", den Gerhard Wohland auf der FIFF-Jahrestagung 1988 gehalten hat.)

Wie der Software-Krise durch die Entwicklung geeigneter Methoden (Software-Engineering) zu begegnen versucht wurde, so wird - vermuten wir - die CIM-Krise, wie sie Gerhard Wohland konstatiert, gemeistert werden: z.B. hat die Verwendung neuer Programmiersprachen, Programmiermethodik, Prinzipien wie Information hiding, Datenabstraktion, Modularisierung etc. die Programmierung großer Software-Systeme (z.B. START) erfolgreich unterstützt; ebenso werden entsprechende Konzepte, Erfahrungen und die daraus erwachsende Methodik die Integration von Entwurf, Produktion und Logistik ermöglichen. Ein kurzer Blick in die Regenbogen-Blättchen der Computer-Industrie (z.B. Computerwoche 41/88) oder auf die Schwerpunkte der SYSTEC'88 (CIM, OSA-Projekt, MAP-Sonderschau) würde dies bestätigen.

Unseres Erachtens geht es bei CIM nicht so sehr um die Vision der menschenleeren Fabrik als vielmehr um konsequente Rationalisierung durch Integration aller produktionsrelevanten Bereiche in ein zunächst für das Unternehmen globales Informationssystem (in solche Systeme werden durch elektronischen Lieferabruf mehr und mehr auch die Zulieferbetriebe einbezogen). Diese Rationalisierung dient der Verbesserung der Chancen im Wettbewerb und damit letztendlich der Profitmaximierung. Sie geht in der Regel einher mit Freisetzung von Mitarbeitern - wie es so schön heißt.

Geht man/frau also davon aus, daß CIM-Mißerfolge eher der bisher unzureichend entwickelten Methodik und der fehlenden Erfahrung entspringen, daß also diese Strategie einfach noch in ihren Kinderschuhen steckt, anstatt an eine immanente CIM-Krise zu glauben, so fällt das schöne Wunschenken von der "Wiederentdeckung des Menschen" und von der Notwendigkeit "demokratischer Praktiken, ohne deren Know-how, die Neue Fabrik nicht zum Laufen gebracht werden kann" einfach in sich zusammen.

Gerhard Wohland hat recht, daß die "Neue Fabrik" nicht ohne einen politischen Begleitprozeß effizient arbeiten kann. Allerdings darf angesichts der in diesem unseren Lande bestehenden Machtverhältnisse bezweifelt werden, daß unter den möglichen Begleitprozessen derjenige vorherrscht und vorherrschen wird, der seinem Konzept entspricht (vgl. z.B. Konti-Schicht): Wir sehen die gewerkschaftlichen Ansätze zur Humanisierung der Arbeit, der Sicherung der Arbeitsplätze usw. als eher gescheitert an. Strukturanpassung verläßt sich vornehmlich auf Methoden wie Deregulierung und Dequalifizierung von Arbeitsplätzen.

Gerhard Wohland geht unseres Erachtens auch da von unrealistischen Annahmen aus, wo er annimmt, daß die Vertretung der eigenen sozialen Interessen der technischen Intelligenz gleich in demokratische Politik mündet. Wir glauben, daß Besitzstandssicherung, Erhalt von Privilegien usw. weiterverbreitete Motive und Interessen

sind, als es Gerhard Wohland lieb sein kann.

Uns war die begeisterte Zustimmung unverständlich, die Gerhard Wohland mit seinen Thesen bei vielen Tagungsteilnehmern fand. Eine Sternstunde der Tagung oder sogar der Informatik konnten wir nicht ausmachen. Bezeichnenderweise hat Gerhard Wohland eine marxistische Terminologie in seinen Ausführungen nicht - wie angekündigt - benutzt. Hätte er die Erfahrungen der Arbeiterklasse mit den Interessen des Kapitals berücksichtigt, wäre er vielleicht zu einer realistischeren Einschätzung des demokratischen Potentials in den heutigen Fabriken gelangt.

Thomas Risse und
Wolfgang Schickard
Institut für Informatik
Universität Tübingen

Was ist der AK Rat?

(In der FIFF KOMMUNIKATION 2/88 war im Beitrag "Von der Beirats-sitzung" von einem Arbeitskreis "Rationalisierung" die Rede. Dabei konnte der Eindruck entstehen, es würde sich um einen Arbeitskreis des FIFF handeln. Dazu erhielten wir einen klärenden Leserbrief des "Arbeitskreises Rationalisierung Bonn" im Technik und Leben e.V. (AK Rat), dem wir folgende Auszüge entnommen haben.)

Der AK Rat ist ein seit 11 Jahren arbeitender Arbeitskreis, der seit einigen Jahren ein eingetragener Verein ist. Der AK Rat Bonn beschäftigt sich mit sozialverträglicher Technikgestaltung im weitesten Sinne. Das umfaßt u.a.:

Die Information von ArbeitnehmerInnen und deren InteressenvertreterInnen bis zur Betriebs- bzw. Personalräteberatung,

Die Aufarbeitung verschiedener Themen aus dem Bereich der Informationstechnologie, wie beispielsweise die psychosozialen Folgen der Expertensysteme, für ein Fachpublikum ebenso wie für interessierte Betroffene. Aktuelle Themen der Arbeit sind ISDN, Software-Ergonomie und Videoüberwachung,

Die Arbeit als Fachleute, Sachverständige und Experten in Vorträgen, Gutachten und Seminaren.

Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann
Paulstr. 15
5300 Bonn 1

AKTUELL

Offener Dialog und Forschung über Ziele und Folgen der Informations- und Kommunikations- technik

Stellungnahme des FIFF- Vorstands vom Dezember 1988

In den wenigen Jahrzehnten seit der Entstehung der ersten Computer hat die auf diesen Maschinen basierende Informationstechnik immer weitere Bereiche unserer Gesellschaft durchdrungen. Die Auswirkungen in der Arbeitswelt in Produktion und Verwaltung sind unübersehbar. Inzwischen spüren jedoch zunehmend auch BankkundInnen, PaßinhaberInnen, TelefonbenutzerInnen, KFZ-HalterInnen, MieterInnen, HausbesitzerInnen, PatientInnen ... die Konsequenzen dieser Technik. Spätestens die Diskussion über die Volkszählung 1987 hat gezeigt, daß alle betroffen sind.



(Aldi)

Information wird längst als "heiße Ware" vermarktet. Sie verspricht Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit. Sie wird als entscheidender Produktionsfaktor, der der Profitmaximierung dient, betrachtet.

Die Ausbreitung der Informations- und Kommunikationstechnik hat erst begonnen - zunehmende Miniaturisierung und Verbilligung der Bauelemente eröffnen neue, weitergehende Einsatzfelder.

Dabei handelt es sich bei der skizzierten Entwicklung um keinen Automatismus: Wie bei der Gestaltung eines konkreten Systems gibt es auch auf gesellschaftlicher Ebene jeweils Alternativen. In der Praxis aber wird nur diejenige verfolgt, die den Interessen und Zielen einer mächtigen Minderheit aus VertreterInnen der Wirtschaft und Regierungsbürokratie unter Einbeziehung einiger handverlesener VertreterInnen aus der Wissenschaft entspricht: Informations- und Kommunikationsentwicklung und -einsatz schaffen Rationalisierungspotential, erleichtern Kontrolle, Überwachung und Fremdbestimmung, verstärken Macht und Ohnmacht.

Nach wie vor entscheidet der militärisch-industrielle Komplex über die Richtung des "informationstechnischen Fortschritts".

Auch mit Informations- und Kommunikationstechnik werden gesellschaftliche Verhältnisse gestaltet. Ihr Einsatz wirkt unmittelbar auf Individuum, Gesellschaft und Umwelt, auf Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Im Verlauf des Entstehungs- und Anwendungsprozesses von Technik, d.h. von der Forschungsförderung über die Entwicklung bis hin zum Einsatz, werden die Weichenstellungen bestimmt durch das Streben nach staatlicher und wirtschaftlicher Sicherheit - von der Verteidigungsbis zu Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Prozeß behindert eine lebenswertorientierte, in manchen Bereichen sogar eine überlebensnotwendige Wahrnehmung des Mit- und Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen.

Schlechte Erfahrungen haben inzwischen das Bewußtsein vieler Menschen geschärft. Mißtrauen und öffentliche Kritik richten sich nicht nur gegen den Technikeinsatz. Es

wird auch die Frage nach dem Verständnis von technischem Fortschritt gestellt, der heute nicht mehr mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen ist.

Die offiziell geförderte Technikfolgenabschätzung ist in der Bundesrepublik bisher, wenn überhaupt, vorrangig an den Prinzipien schneller Vermarktbarkeit ausgerichtet. Sie bleibt im Kern Akzeptanzforschung. Staatlicherseits wird, nach dem Motto "erst kommt die Forschung und dann die Moral", ein fast bedingungsloser Technikoptimismus und Technikgläubigkeit verordnet.

Um Forschung und Entwicklung durchschaubar, gesellschaftlich kontrollierbar und demokratisch bestimmbar zu machen, ist unserer Meinung nach eine verstärkte Forschung und öffentliche Diskussion über Technikfolgen notwendig. Erst dadurch entsteht die Chance, daß Entwicklung und Einsatz von Technik auf die Interessen möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen ausgerichtet werden.

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse müssen in Lebensverhältnisse, also auch ins Sozialwissenschaftliche übertragbar sein. Das ist nur dann möglich, wenn sowohl die Öffentlichkeit informiert wird und sich am Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt, als auch eine interdisziplinäre Beteiligung von WissenschaftlerInnen an einem solchen Diskurs erfolgt. Beides mit dem Ziel, offenzulegen, nicht nur das, was man weiß, sondern vor allem das, was man nicht weiß.

Für Technikforschung und -anwendung sind Bewertungsmaßstäbe zu entwickeln und Grenzen zu bestimmen. Alternative Forschungslinien sind aufzuzeigen und die Auswahl unter den bestehenden Optionen ist bewußt zu treffen, wobei ethische Bedenken gegenüber wirtschaftlichen Interessen den Vorrang haben. Eine Verständigung über Methoden und gesetzliche Verfahrensregeln ist herbeizuführen.

Zur Zeit besteht weder auf Seite der Wirtschaft noch des Staates Interesse an einem solch umfassenden Diskurs. Deshalb sind Gewerk-

schaften, Kirchen, Frauen-, Demokratie-, Ökologie- und Friedensbewegung sowie andere soziale Bewegungen aufgerufen, diese Diskussion zu führen, um Modelle und Utopien für eine demokratische Wissenschafts- und Technikkultur zu entwickeln.

Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, um Technikfolgen-Forschung gegen ein entpolitisierendes, technokratisches Bewußtsein zu richten, für ein menschenwürdiges Leben.

WissenschaftlerInnen, IngenieurInnen und TechnikerInnen sind aufgerufen, ihre Arbeit so anzulegen, daß Technikfolgen-Forschung von Anfang an Bestandteil ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit wird. Informationstechnikfolgen-Forschung entbehrt heute noch der notwendigen methodischen Grundlagen. Hier sind InformatikerInnen, Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen, Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen gleichermaßen herausgefordert, jeweils für sich wie auch interdisziplinär neue Wege zu suchen und zu beschreiten.

Um die Technikfolgen-Forschung finanziell sicherzustellen, fordert das FIFF, daß in der Bundesrepublik bei allen Projekten und Fördervorhaben ausreichende Mittel, mindestens jedoch 10% der gesamten Investitionen für Wirkungs- und Folgenforschung, sowie für Sicherung der Sozialorientierung reserviert werden.

Als Beschäftigte in Forschung, Lehre und Anwendung stehen wir heute vor einem Scheideweg: Entweder tragen wir dazu bei, den sozialen Bewegungen neue politische Aktionsfelder zu eröffnen somit selbst ein Teil der Lösung zu werden, oder wir bleiben weiterhin Teil des Problems.

Gesellschaftliche Verantwortung der Informatiker

Seminar an der Universität Kaiserslautern

Im Sommersemester 1988 veranstaltete der Fachbereich Informatik der Universität Kaiserslautern zum dritten Mal ein Seminar zum Themenkreis "Informatik und Gesellschaft", das von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten betreut wurde. Die Idee zu diesen Seminaren entstand bei der Arbeit im FIFF. Die Themen waren 1984/85 "Rüstung - Forschung - Informatik", 1986/87 "Gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik" und 1988 "Gesellschaftliche Verantwortung der Informatiker". Die Reihe wird im Sommersemester 1989 voraussichtlich fortgesetzt mit einem Seminar zum Thema "Beherrschbarkeit von Computersystemen".

Im Mittelpunkt des dritten Seminars standen Folgen für einzelne und die Gemeinschaft beim Eintritt in die Informationsgesellschaft. Es war in einzelne Blöcke gegliedert, in denen die folgenden Fragen behandelt wurden:

- Welche Auswirkungen hat der Umgang mit Computern auf soziales Verhalten und Persönlichkeit des Einzelnen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen? Wird die "Psyche" von Mensch und Maschine immer ähnlicher?
- Wie verändert sich das Leben in einer Gesellschaft, in der alle Kommunikation über Rechnernetze ablaufen kann? Wohin führen die Ausbaupläne der Bundespost für ISDN? Sind sie sozial beherrschbar?
- Wie können beim Übergang in die Informationsgesellschaft die Veränderungen im Arbeitsleben so gestaltet werden, daß alle von den Arbeitserleichterungen profitieren und niemand auf der Rationalisierungsstrecke liegen bleibt?

- Welche Auswirkungen hat der Anspruch der Forschung im Bereich künstliche Intelligenz (KI) auf das Selbstverständnis des Menschen? Ist der Anspruch der KI überzogen, und was sind die zu erwartenden Folgen des Einsatzes von KI-Produkten?
- Inwiefern kann der Einsatz von Computern dazu beitragen, die in Wissenschaft und Gesellschaft weit verbreitete mechanistische Sicht durch ökologisches Denken abzulösen?
- Soll die Dritte Welt versuchen, die Entwicklung der Industrieländer nachzuvollziehen, oder soll sie versuchen, den Sprung von der Agrargesellschaft direkt in die Informationsgesellschaft zu machen? Kann die Informationstechnologie überhaupt zur Lösung der Probleme der Entwicklungsländer beitragen?

Den Vortragenden ist es gelungen, viele unterschiedliche Ansätze darzustellen und klarzumachen, daß es keine abschließenden Lösungen zu den aufgeworfenen Problemen geben kann. Als InformatikerIn sollte man sich nicht über solche Fragestellungen hinwegsetzen, sondern über die Konsequenzen der eigenen Arbeit nachdenken. Mit der Zusammenfassung der Ausarbeitungen werden die Vorträge auch weiteren Interessenten zugänglich gemacht. (Siehe *Bezugsquellenhinweis im IMPESSUM*)

(Manfred Kerber, Axel Präcklein)

Zur Sicherheit von Atomanlagen

Die FIFF-Regionalgruppe Frankfurt nimmt Stellung zu den Vorfällen in Biblis

In Zusammenhang mit dem Störfall in Biblis fordert Umweltminister Töpfer, Atomkraftwerke technisch so abzusichern, daß menschliches Fehlverhalten keinen Schaden anrichten kann. Der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission will

"menschliche Fehler durch intelligente Technik ausgleichen". In der Konsequenz bedeutet dies, Systeme zu schaffen, in die der Mensch nicht mehr eingreifen kann. Als Informatiker wissen wir jedoch, daß komplexe Computersysteme grundsätzlich immer fehlerhaft sind. Die Nachbesserung einzelner Fehler führt in der Regel zu unvorhersehbaren neuen Fehlern an anderen Stellen des Systems. Bei völliger Abhängigkeit von einer solchen Technik ist damit die Katastrophe im wahrsten Sinne des Wortes vorprogrammiert.

Als kritische Informatiker sind wir uns einig darin, daß Computer nicht Dinge tun dürfen, die Menschen nicht mehr verantworten können. Die Schädigung oder gar Vernichtung allen Lebens innerhalb einer Region ist aber nicht zu verantworten, weder von den Betreibern der Anlage noch durch ihre Erbauer. Anlagen, in denen einerseits mit Stoffen umgegangen wird, die bei ihrer Freisetzung die Umwelt und die darin lebenden Menschen extrem gefährden, und die andererseits so komplex sind, daß sie vom Menschen nicht mehr beherrscht und kontrolliert werden können, dürfen nicht stattdessen von Computern gesteuert werden, sondern müssen stillgelegt werden. Dies gilt nicht nur für Atomanlagen, sondern z.B. auch für chemische Produktionsanlagen mit vergleichbarem Gefährdungspotential. Wir fordern deshalb alle InformatikerInnen und TechnikerInnen auf, sich nicht an der Konzipierung oder am Betrieb solcher Anlagen zu beteiligen, sondern sich gegenüber den Politikern und der Öffentlichkeit für ihre Stellung einzusetzen.

Frauen und Informatik: Anspruch und Realität

"In Mathe war ich immer gut, aber Mathe allein schien mir zu trocken - deshalb hab' ich dann Informatik angefangen." So ähnlich beschreiben viele Informatik-Studentinnen ihre Entscheidung für ihr Studienfach. Im Verlaufe des ersten Semesters beginnt dann die Verunsicherung. Der krasse Übergang vom schulischen Lernen zum universitären einsamen Lernen in der Masse kommt für alle Studierenden überraschend. Doch gehen Frauen und Männer bekanntermaßen verschieden mit solchen Problemsituationen um. Während Männer meist die Gründe für ihre Schwierigkeiten externalisieren ("Informatik ist schwerer als ich dachte."), tendieren Frauen dazu, den Grund in sich selbst zu suchen: "Wahrscheinlich bin ich hier falsch. Ich scheine mich überschätzt zu haben."

Als Minderheit von 15% verlieren sich die Studentinnen in Auditorien von 300 - 500 Personen. Unter den Lehrenden der Informatik gibt es in Hamburg (neuerdings) eine Professorin (von 22), eine Hochschulassistentin (von 8) und 9 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen (von 59). Trotz des weitgehenden Fehlens weiblicher Identifikationspersonen und der quasi doppelten Vereinzelung an der Massenuniversität beißen sich viele Frauen bis zum Diplom durch: Der Frauenanteil an den AbsolventInnen bleibt bei 15%.

Im Sommersemester 1987 wurde das Thema "Frauen und Informatik: Anspruch und Realität" in Hamburg erstmalig in einem (Frauen-)Seminar behandelt. Einem Vorbild an der Bremer Universität folgend, von dem auf dem 12. Nationalen Treffen von Frauen in Naturwissenschaft und Technik in Oldenburg 1986 berichtet wurde, beschloß eine Gruppe von Studentinnen, ein solches Seminar vorzubereiten. Um es auch offiziell abhalten zu können, suchten sie sich zwei offizielle Betreuerinnen, die ihnen persönlich bekannt waren, und konzipierten

das Seminar gemeinsam. Das Frauenseminar sollte "ein Gegengewicht zu den 'normalen' (d.h. männerdominierten) Veranstaltungen bilden und die Frauen am Fachbereich sichtbar machen". Es hatte damit von vornherein den Anspruch, anders zu sein als übliche Seminare am Fachbereich: Alle Teilnehmerinnen sollten gleichermaßen Verantwortung für das Seminar übernehmen, um keine Hierarchie zwischen Teilnehmerinnen und Leiterinnen entstehen zu lassen; statt eines starren Referat-Diskussion-Referat-Diskussion-Schemas sollten verschiedene Lern- und Arbeitsformen verwendet werden (z.B. Exkursionen, Hausaufgaben, Fragebögen, Interviews ...); durch ein kooperatives Gesprächsklima sollten Hemmungen, sich zu beteiligen, abgebaut werden, und persönliche Betroffenheit, Erfahrungen und Konflikte sollten ausdrücklich Bestandteil der Diskussion werden. Das in der Vorbereitungsgruppe erarbeitete Konzept wurde in der ersten Seminarsitzung vorgestellt und mit den etwa 20 Teilnehmerinnen aus mittleren und höheren Semestern diskutiert und beschlossen.



Am Beginn des Seminars standen eine Kennenlernphase und der Versuch, über die eigene Situation als Informatik-Studentin und die persönliche Einstellung zu Studium und Beruf Klarheit zu bekommen.

Darauf folgten eine kritische Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften aus feministischer Sicht und die Untersuchung alternativer Ansätze für die Informatik. Durch eine Befragung der Informatik-Professoren am Fachbereich sollten der Bewußtseinsstand der Professoren bezüglich der Frauenproblematik ermittelt und allen Beteiligten Denkanstöße gegeben werden. Als letztes wurden einige Diplom-Informatikerinnen eingeladen, um ihre Haltung zu Themen wie Verhältnis von Beruf und Privatleben, Stellung als Frau im Berufsleben, Sinn der Arbeit etc. zu erfragen. Bei dieser Lerneinheit gingen leider allerlei Illusionen zu Bruch.

In einer abschließenden Seminarkritik wurde Bilanz gezogen: Welche Ziele wurden erreicht? Welche Erwartungen wurden enttäuscht? Was könnte man in einem nächsten Seminar besser machen? Alle Beteiligten waren sich einig, daß das Seminar ein Erfolg war, der ungewöhnlich große Arbeitseinsatz hatte sich gelohnt! Das Seminar war abwechslungsreich und spannend, zeitweise sehr persönlich, dann wieder sehr informativ und eröffnete neue Perspektiven. Die Studentinnen fanden sich zu einer Gruppe zusammen und fühlten sich merklich stärker. (Die Auswirkungen zeigten sich deutlich in ihrem Verhalten in anderen Lehrveranstaltungen.) Natürlich liefen die Diskussionen nicht immer optimal, und es gab aktivere und stillere Frauen. Besonders interessant war die Beobachtung, daß sich doch wieder Rollen ausgebildet hatten: Es ist nicht so einfach, als Teilnehmerin plötzlich mitverantwortlich zu sein für Seminarinhalte und -ablauf, wenn dies in allen anderen Seminaren so nicht gefordert wird. Andererseits ist es für Veranstalterinnen genauso schwer, nicht in die gewohnten Verhaltensweisen zu fallen, strukturierend einzugreifen, die Gesprächsleitung zu übernehmen und sich für alles zuständig zu fühlen. Die Lust war groß, die Erfahrungen gleich in ein Folge-Seminar einfließen zu lassen. Mit dem Thema "Diplom-Infor-

matikerin - und was dann?" wurde der Schwerpunkt auf die beruflichen Perspektiven gelegt. Es wurde beschlossen, Diplom-Informatikerinnen an ihren Arbeitsplätzen zu besuchen und zu interviewen. Einige Frauen fanden sich bereit, in den Semesterferien Vorarbeiten zu leisten, indem sie Diplom-Informatikerinnen anschrieben und Kontakte zu sogenannten "alternativen Projekten" knüpften. Auf diese Weise wurde die Beteiligung der Teilnehmerinnen an der Seminarvorbereitung als Tradition etabliert.

Um unsere Erfahrungen bei der Planung und Durchführung solcher Seminare für andere fruchtbar zu machen, wurde als Teil dieses zweiten Frauenseminars auf der Basis der Sitzungsprotokolle und Materialien eine Dokumentation des ersten Seminars erarbeitet. Auf 51 Seiten wird der Seminarablauf nachgezeichnet, angefangen von den Vorüberlegungen, über die gemeinsame Arbeit im Plenum, Vorträge und ggf. Diskussionen, bis hin zur Planung, Durchführung und Auswertung von Befragungen.

(Susanne Maaß, Angelika Rudolph, Fachbereich Informatik der Universität Hamburg. Die Dokumentation des Frauenseminars ist als Mitteilung Nr. 155 des Fachbereichs veröffentlicht worden und bei den Autorinnen erhältlich.)

FIFF in Europa

1992 soll der europäische Binnenmarkt in die Tat umgesetzt sein. Politik und Wirtschaft stellen sich darauf ein und planen konsequent darauf hin. Wer den Wirtschaftsteil der Zeitungen liest, wird längst gemerkt haben, wie konsequent. Die Politik plant dabei vor allem Industrie-orientiert, vielleicht auch Verwaltungs-orientiert, nicht aber mit den Menschen im Mittelpunkt.

Uns in der Bundesrepublik hat er vor allem die verstärkte Diskussion um "die BRD als Industriestandort" gebracht und den daraus angeblich zwingend abzuleitenden Schluß, daß mehr Rationalisierung notwendig ist, daß Datenschutz zu teuer und

Umweltschutz auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren ist, wie auch andere unerfreuliche Entwicklungen, die auf unserer Jahrestagung in Hamburg sehr deutlich wurden.

Dort haben wir intensiv mit Gewerkschaftern und Betriebsräten diskutiert und zum Thema Computer-Arbeit einige risikobehaftete Tendenzen herausgearbeitet.

Ein paar Stichwörter dazu: PPS, Just-In-Time, PIS, Zeitstudien, Speicherung der Telefondaten mit und ohne ISDN ...

Unser Arbeitsrecht knirscht in den Scharnieren, Mitbestimmung wird vom Sachzwang eingengt, und Solidarität mit den anderen Betroffenen immer schwieriger.

Wenn es so für die Bundesrepublik mit ihrem hohen Lebensstandard, ihren hochqualifizierten Arbeitskräften und durchaus konkurrenzfähigen Unternehmen aussieht, läßt sich leicht ausmalen, was in anderen Ländern Europas vor sich geht.

Darüber sollten wir uns informieren, und wir sollten bereit sein, unsere Erfahrungen weiterzugeben.

Von insgesamt etwa 800 FIFF-Mitgliedern sind ungefähr 30 im Ausland. Ich würde gerne von Euch wissen, was Ihr davon haltet, die Kommunikation mit diesen FIFFlerInnen auszuweiten, um vielleicht so etwas wie einen europäischen Binnenmarkt mit FIFF zu bekommen.

Ich halte eine Solidarisierung europäischer Arbeitnehmer und engagierter Menschen für unbedingt nötig, um der wachsenden Verflechtung in Industrie und Politik etwas entgegenzusetzen. Die technischen Möglichkeiten dazu haben wir.

Wenn ich nicht die ganze Arbeit allein machen muß - einen großen Teil würde ich übernehmen. Ich kann das als Übersetzerin ja auch etwas leichter tun. Laßt uns dieses Thema jetzt diskutieren und meldet Euch bitte bei mir, wenn Ihr mitmachen wollt und könnt.

Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
8000 München 70
Tel. (089) 7256547

Ein Postkunde wehrt sich

17.11.88

8000 München

An das

Fernmeldeamt München

8000 München

Betrifft: Ihre Nachricht vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am [redacted] erreichte mich Ihr Schreiben, in dem Sie mich über die Umschaltung meines Telefonanschlusses an eine digitale Vermittlungsstelle informieren. Mir ist bekannt, daß bei den ISDN Anlagen, um die es sich handeln dürfte, die Nummer des Anrufenden dem Gerufenen übermittelt werden kann.

Ich bitte Sie, meine Rufnummer in keinem Fall an einen von mir Angerufenen weiterzuleiten. Ich möchte im Einzelfall selbst entscheiden, wem ich mich mit Namen, Adresse oder auch Telefonnummer zu erkennen gebe. Desgleichen möchte ich Sie auffordern, keine Aufzeichnungen der von mir gerufenen Telefonnummern anzufertigen, sondern nur Dauer und Entfernung der von mir geführten Telefonate zu speichern, was für die Erstellung meiner Telefonrechnung genügen müßte. Dies erscheint mir notwendig, um von vornherein die Gefahr eines Mißbrauches solcher Aufzeichnungen zu vermeiden.

Bei meinen Ritten beziehe ich mich auf das "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichtes, in dem ausdrücklich das informationelle Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Bürgers anerkannt und geschützt wird.

Bitte bestätigen Sie mir rechtzeitig vor Beginn der Umstellung schriftlich die Nichtweitergabe meiner Rufnummer und die Nichtspeicherung meiner Telefonverbindungen. Andernfalls behalte ich mir vor, der Umstellung meines Telefonanschlusses an eine digitale Vermittlungsstelle zu widersprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Call for Papers I

**FIFF-Jahrestagung in
Frankfurt am Main 1989 vom
6. bis 8. Oktober 1989**

Motto?

*Vorsicht Falle: Netze - Schlepper -
Datenfänger*

oder

*Die spinnen die Informatiker:
Vernetzung der Zukunft*

oder

*Vernetzte Zukunft - Verstrickung im
Netz?*

Begründung

Warum in Frankfurt das Thema
Vernetzung? - Gerade für Frankfurt
liegt das auf der Hand!

- Es ist Zentrum der Banken ... der Versicherungen ... Verkehrsknotenpunkt ...
- Es liegt in einer militärischen Region ...

Ideensammlung

multinationale Konzerne -> internationale Vernetzung -> Steuerung der Außenstellen -> Kontrolle der Märkte

militärischer Aspekt

- Vernetzung
- Modernisierung
- MBB
- MIK (Militär-industrieller Komplex)
- MI²K (Militär-industrieller informationstechnischer Komplex)
- SDI

Netze in Frankfurt/Rhein-Main-Gebiet (Banken/Handel/Verkehr)

Beherrschbarkeit vernetzter Systeme im privaten und öffentlichen Bereich?

Neue Qualität von Risiken

Verletzbarkeit und Anfälligkeit von vernetzten Systemen

Manipulation der Öffentlichkeit bei Einführung von vernetzten Systemen und die Problematik der Schaffung der Gegenöffentlichkeit

Transparenz und Zugang von Informationen (Nutzung/Hacker/etc.)

Alternative Netze - Alternativen zu Netzen

ISDN (AG vorhanden)

Persönlichkeitsschutz - informationelles Selbstbestimmungsrecht

- Vernetzung der Repressionsapparate
- juristische Aspekte
- Vernetzung von personenbezogenen Daten im öffentlichen und sozialen Bereich

Gewerkschaften: Vernetzung und Auswirkung auf die Arbeitsabläufe und Arbeitsorganisation

Auswirkung der vernetzten Systeme auf die Arbeitsplatzstruktur

- Heimarbeit (Telearbeit)
- Auslagerung in Billiglohnländer
- Situation der Frauen im Büro

Technische Kommunikation als Ersatz für menschliche Kommunikation

und außerdem noch folgende Themen:

Ethik und gesellschaftliche Diskussion über Technologie

Technologiefolgenabschätzung

Hardware-Produktion

- Umwelt
- soziale Folgen (Sonntagsarbeit)

Informatik in der Schule

- Behandlung von Netzen im Unterricht
- Behandlung des Bereichs Rüstung und Informatik im Unterricht

Aufforderung

Diese Ideensammlung ist ein Vorschlag und dient zur Orientierung.

Wir freuen uns über Themenübernahme, weitere Themenvorschläge und Formulierungen des Jahrestagungsmottos.

Wir bitten:

- Interessenten, die die Leitung einer AG übernehmen, sich zu melden;
- Referenten, die einen Vortrag halten möchten, sich mit ihrem Themenvorschlag zu melden;
- uns Kontaktpersonen mitzuteilen, die eine AG leiten oder ein Referat halten würden.

Außerdem sind wir an Filmmaterial, Wandtafeln, Vorschlägen zu einem Kulturprogramm etc. interessiert. Wir sind über jede Form der Unterstützung dankbar.

Wir bitten Euch, bis Ende Februar 1989 Eure Antwort zu schicken.

Jutta Schaaf
Philipp-Reis-Str. 71
6000 Frankfurt 90
Tel. 069-775996
PostGiro Ffm. 77319-606,
BLZ 50010060

Call for Papers II

Die FIFF KOMMUNIKATION lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer Leser. Die Redaktion wünscht sich viele lebendige Beiträge die zur Diskussion über FIFF-Themen anregen. Leserbriefe werden mit Absender veröffentlicht. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Erbeten sind Zeichnungen, Comics usw. zu Informatik-Themen oder zu eingereichten Beiträgen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (5¹/₄-Zoll, ASCII-Dateien im MS-DOS-Format, Leerzeilen zwischen den Absätzen) oder sauber und groß gedruckt (zur Verarbeitung mit einem Scanner) der Redaktion zugehen. Eine Adresse für Electronic Mail kann bei der Redaktion erfragt werden.

Ein Lehrstuhl für Informatik und Gesellschaft!?



Am Fachbereich Informatik der Universität Dortmund gibt es seit etwa 12 Jahren einen Bereich Informatik und Gesellschaft, der jedoch bisher nicht mit einem Lehrstuhl ausgestattet war. Diese Situation soll sich nun ändern durch Ausschreibung einer C3-Professur, die gemäß der Ausschreibungsrichtlinien das Gebiet Datenschutz, das in den Bereich Informatik und Gesellschaft fällt, umfassen soll. Der genannte Bereich beinhaltet aber auch solche Themen wie Software-Ergonomie oder Partizipation (Nutzer-Beteiligung), so daß ein Lehrstuhl für Datenschutz eine thematische Einengung darstellen würde.

In dieser Situation hat sich eine offenbar lebhafte Diskussion in der Fachschaft darüber entwickelt, wie ein Lehrstuhl im Bereich Informatik und Gesellschaft thematisch auszugestalten sei. Diesen Eindruck jedenfalls vermittelt uns ein Schreiben, das Uwe Hartmann der Redaktion zugesandt hat.

Eine Lösung des Konflikts zwischen Verflachung durch Ausweitung und unerwünschter Einengung durch Spezialisierung an einem solchen Lehrstuhl scheint durch eine Thematisierung der Form Computer & Arbeit insbesondere vor dem Hintergrund des Industrieinflusses im Ruhrgebiet möglich. Wir sind gespannt auf die weitere Entwicklung.

Wer genaueres erfahren möchte, kann sich wenden an:

Uwe Hartmann
Marthastr. 2
4300 Essen 1

Berichte aus der Friedensbewegung

Bundesweiter Koordinierungsausschuß: Die Veranstaltungen in Linnich, Böblingen und Berlin (IWF) werden von Helga Genrich und vielen im Koordinierungsausschuß positiv bewertet. Manche jedoch sehen sie (wegen geringerer Beteiligung) eher als Reinfall. Diskussionspunkte waren z.B. die Tendenzen einer neuen Bedrohung der UdSSR nach INF von Europa aus (z.B. Verlagerung von Cruise Missiles auf U-Boote, Modernisierung konventioneller Systeme).

Krefelder Forum in Kassel: Ein Diskussionsergebnis war u.a. die Einbeziehung von ökologischen Fragen und Fragen der Rüstungskonversion in die Rüstungsdebatte.

Es hat sich eine Initiative "Friedenstest" gegründet, die z.B. bei Atomtests oder auch an Jahrestagen zu Ereignissen aus diesem Bereich öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (z.B. ziviler Ungehorsam) durchführen will.

In München fand am 26. November unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Dr. Klaus Hahnzog eine Konferenz der örtlichen Friedensinitiativen mit dem Motto "München soll ein Friedenszentrum werden" statt. Vier Referate leiteten jeweils Diskussionen ein, die den verschiedenen Friedensinitiativen Gelegenheit zur Darstellung ihrer spezifischen Anliegen gaben. Nach den Themenkomplexen "Abbau von Feindbildern" (Referat Dr. Thea Bauriedl), "Friedensmedizin" (Prof. Dr. Herbert Begemann) und "Rüstungskonversion" (Klaus

Mehrens, Vorstand IG-Metall) konnte sich innerhalb des Komplexes "Global Challenges Network" (Prof. Dr. Hans Dürr) auch das FIFF (vertreten durch Christine Fischer) der Öffentlichkeit vorstellen.

Wer hilft beim Aufbau des IWIF-Archivs?

Die im Aufbau befindliche Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) will längerfristig auf entsprechende DV-Unterstützung zurückgreifen. Gesucht ist also Anwendungs- und Expertenwissen im Umgang mit entsprechenden Softwaresystemen im Bereich Datenbanken, Autorensysteme o.ä.. Anfangs wird als Unterstützung vermutlich in erster Linie an ein MS/DOS-System zu denken sein - längerfristig ist vielleicht auch an ein Archiv auf Basis eines leistungsfähigeren (UNIX-?) Systems mit on-line Diensten zu denken.

Wer also Erfahrungen im Umgang mit solchen Systemen hat, insbesondere sogar aus eigener Erfahrung ein entsprechendes System empfehlen kann oder vor einem solchen warnen möchte, wende sich bitte an folgende Adresse:

Informationsstelle Wissenschaft
und Frieden
Frau Corinne Hauswedell
Reuterstr.44
5300 Bonn 1

Natürlich geht es hier in erster Linie darum, das im FIFF vorhandene DV-Know-how zur Unterstützung einer befreundeten Organisation fruchtbar zu machen. Z.B. hat das IWIF die Pflege der BdWi-Expertenkartei übernommen (Erhältlich als Band 9 der Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden unter der oben angegebenen Adresse)

Darüberhinaus bestehen jedoch auch inhaltliche Bezüge zwischen FIFF und IWIF: Längerfristig sollte das IWIF-Archiv auch alle im FIFF

vorhandenen Materialien, Vorträge und sonstige Ausarbeitungen umfassen und somit auch direkt die FIFF-Arbeit unterstützen. Kurzfristig ist vorstellbar, daß ein passendes Softwaresystem pilotartig zunächst nur für die Verwaltung der entsprechenden FIFF-Verweise erprobt wird.

Restrisiko ...

Über den WAA-Erörterungstermin in Neunburg v. Wald berichten die Filmemacher Betram Verhaag und Claus Strigel in einem von Denkmalfilm zusammen mit dem IPF produzierten Film. Unter dem Titel "Restrisiko oder Die Macht der Arroganz" dokumentiert er, wie die Mächtigen begründete Ängste und Einwände von BürgerInnen und WissenschaftlerInnen ignorieren. Der Film leistet einen Beitrag zum sozialen Frieden, indem er Menschen bei ihrem Einsatz für Demokratie und damit gegen verordnete Unmündigkeit unterstützt.

siehe **LESEN?**



E.V.

**Forum InformatikerInnen für
Frieden und gesellschaftliche
Verantwortung e.V. (FIFF)**

Protokoll der Mitglieder- versammlung am 15. Oktober 1988, 16.45 - 19.40 Uhr, in Hamburg

**Wahl der Versammlungsleitung
und Protokollführung**

Der Vorstandsvorsitzende, Reinhold Franck, eröffnet die Mitgliederversammlung und stellt fest, daß die Einladung rechtzeitig erfolgt ist. Der Antrag des Vorstandes, Reinhold Franck zum Versammlungsleiter und Helga Genrich zur Protokollführerin zu wählen, wird einstimmig angenommen.

Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung und die Geschäftsordnung werden einstimmig angenommen.

Bericht aus dem Beirat

Klaus Garohn, Regionalgruppe Frankfurt, gibt den Bericht. Die Arbeit des Beirats wird trotz der Abwesenheit einiger Regionalgruppen als positiv eingeschätzt. Insbesondere wird die Zusammenarbeit mit dem Vorstand und die Kontrolle des Vorstands durch den Beirat von beiden Seiten als notwendig angesehen. Die regelmäßigen Sitzungen fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl im FIFF und sollten möglichst von allen genutzt werden. Ingo Fischer berichtet von der Frankfur-

ter Aktion "Computer für Nicaragua". Es kamen so viele Spenden zusammen, daß für ca. 7800 DM ein leistungsfähiger PC inkl. Software für die Universität Managua angeschafft werden konnte.

Berichte aus den Arbeitskreisen

Hans Rupp berichtet aus dem ISDN-Arbeitskreis. Seine 36 Mitglieder spiegeln das gesamte FIFF-Spektrum. Die der Mitgliederversammlung vorliegende ISDN-Stellungnahme ist ein erstes Ergebnis. Als nächstes ist die Auseinandersetzung mit den Themen Nebenstellenanlagen und Netz-Entwicklung in Europa vorgesehen. Für 1989 ist ein 1- bis 2-tägiger Workshop geplant.

Der Arbeitskreis "Neue Wege" ist zur Zeit nicht aktiv. Da die enge Zusammenarbeit mit der Fachgruppe "Informatik und Gesellschaft" im Fachbereich 8 der GI angestrebt ist, kann dessen Arbeit auch für's FIFF genutzt werden.

In der Arbeitsgruppe 2 der Jahrestagung "Informatik und Militär" wurde beschlossen, eine entsprechenden Arbeitskreis einzurichten. Dieser wird seine Arbeit im Januar 1989 aufnehmen.

Rechenschaftsbericht und Kassenbericht des Vorstands

Christine Fischer berichtet. Sie geht insbesondere auf die Klausurtagung am 1./2. Juli ein und unterstreicht, daß FIFF von allen Vorstandsmitgliedern nach wie vor als eine berufsbezogene Friedensinitiative gesehen wird. Name und Satzungszweck spiegeln den umfassenden Friedensbegriff, dem sich FIFF seit seiner Gründung verpflichtet hat. Christine ruft alle Mitglieder auf, den Vorstand über den Beirat und die FIFF KOMMUNIKATION noch stärker zu fordern und zu unterstützen.

Die organisatorische Arbeit kann auch weiterhin über das Büro nur mit kleiner Kraft geschehen. Dem FIFF fehlen die nötigen Mittel, um eine Bürokraft fest einzustellen. Anne Fink steht nicht mehr zur Verfügung, sie hat ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Thomas Freitag kann nur noch bis zum Jahresende bleiben. Es wird versucht

zwei neue StudentInnen zu gewinnen.

Helga Genrich gibt den Kassenbericht: Der günstige Kassenstand muß als Ergebnis der Mahnaktion im Frühjahr gesehen werden. Er sagt nichts darüber aus, ob in den nächsten Jahren eine Beitragserhöhung notwendig ist, oder nicht.

Bericht der Kassenprüfer

Die Kassenprüfer bestätigen die ordnungsgemäße Kassenführung. Die formelle Entlastung des Vorstandes wird nicht beantragt, da keine Neuwahl ansteht.

Diskussion

Gelobt wird die gute Arbeit der FIFF KOMMUNIKATION-Redaktion, sowie die Arbeit des ISDN-AK und der Regionalgruppen vor Ort. Kritisiert werden mangelnde Zusammenarbeit des FIFF mit dem BdWi sowie mangelndes Eingreifen des FIFF in die aktuellen Auseinandersetzungen. Vermißt werden aktuelle Aussagen zu den Verflechtungen Informatik/Militär, den sogenannten Sicherheitsgesetzen, der restlo-

sen Erfassung im Gesundheitswesen, den Problemen Mitbestimmung und Demokratisierung, sowie zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Eingefordert wird ein Beitrag des FIFF zu einer europäischen Initiative zu Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen, die an die Stelle der sogenannten Europäischen Verteidigungsinitiative treten solle.

Christiane Floyd schlägt vor, die Überlegungen zum "Sauren Bit" für das schlechteste Informatikprodukt fallen zu lassen und statt dessen einen Preis auszusetzen, die dem FIFF-Zweck, insbesondere der Völkerverständigung, dienen.

Satzungsänderung

Der Antrag des Vorstandes, §1;1,1 der Satzung wie folgt zu ändern: Der Verein trägt den Namen: "Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V." wird gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Da zum Zeitpunkt der Abstimmung noch etwa 130 Mitglieder anwesend waren, ist die erforderliche 3/4 Mehrheit erreicht.

Beschlußfassung über Stellungnahmen (ISDN und Technikfolgenforschung)

Die vorliegende ISDN-Stellungnahme wird nach geringfügigen redaktionellen Änderungen einstimmig verabschiedet. Die Stellungnahmen zur Technikfolgenforschung wird mit zahlreichen Änderungsvorschlägen an den Vorstand zurückgewiesen. Dieser wird aufgefordert am 12. November über eine in diesem Sinne veränderte Stellungnahme zu entscheiden.

Ort, Zeitpunkt und Thema der nächsten Jahrestagung

Die Frankfurter Gruppe wird die nächste Jahrestagung ausrichten. Sie soll - abgekoppelt von der GI - Ende September/Anfang Oktober 1989 stattfinden. Das Thema steht noch nicht fest, soll aber inhaltlichen Bezug zum Tagungsort Frankfurt haben.

Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung schickt eine Grußadresse an Frieder Nake, der schwer erkrankt ist. Reinhold Franck dankt der Hamburger Gruppe für die ausgezeichnete Vorbereitung und umsichtige Organisation der Jahrestagung, zu der ca. 450 Teilnehmer gekommen sind. Er schließt die Versammlung gegen 19.40 Uhr.

(Protokoll: Helga Genrich, Sitzungsleitung: Prof. Dr. Reinhold Franck)



Computer Arbeit

Neues aus dem Büro

Ab sofort sind Ute Bernhard und Ingo Ruhmann für uns im Büro in Bonn da, und zwar zu den selben Zeiten wie gehabt (siehe ADRESSEN).

THESEN

Das demokratische Potential der Neuen Fabrik

von Gerhard Wohland

Auszüge des auf der FIFF-Jahrestagung 1988
in Hamburg gehaltenen Vortrags

(Schon zweimal hat der von Gerhard Wohland auf der FIFF-Jahrestagung in Hamburg gehaltene Vortrag Beachtung in der FIFF

KOMMUNIKATION gefunden: in Heft 3/88 haben sich Thomas Jandach, Johannes Joemann und Georg Reichwein unter dem Titel "Das demokratische Potential des Profits" kritisch mit seinen Thesen auseinandergesetzt, im FORUM in diesem Heft erscheint dazu ein Leserbrief von Thomas Risse und Wolfgang Schickard. Nun wird es höchste Zeit allen Lesern der FIFF KOMMUNIKATION Gerhard Wohlands Thesen zugänglich zu machen. Für diese Veröffentlichung ist sein Vortrag von der Redaktion auf fast ein Drittel des ursprünglichen Umfangs gekürzt worden - hoffentlich für möglichst viele ein Grund mehr, auf den Tagungsband gespannt zu sein.)

Im folgenden wird der Versuch unternommen, einige Thesen zu wesentlichen Elementen einer demokratischen Technologiepolitik zu entwickeln. Diese Thesen sind nicht "trockene" theoretische Konstrukte, sondern sie haben sich aus meiner beruflichen Praxis als linker, gewerkschaftlich orientierter Industrieberater ergeben.

Computer-Technik - ein qualitativer Sprung

These 1: Technik ist jedes Mittel, mit denen Menschen ihre organischen Schranken überwinden.

Dies ist ein Technikbegriff, der eng an menschliche Ziele angelehnt ist. Nach dieser Definition ist eine technische Entwicklung nur dann von neuer politischer Qualität im Sinne einer technischen Revolution, wenn dadurch eine qualitativ neue Organebene technisierbar ist.

These 2: Mit der Computer-Technik kann nicht mehr nur Hand-, sondern auch Kopfarbeit technisiert werden. Mit der Kopfarbeit sind auch soziale Fähigkeiten technisierbar. Die "Neue Fabrik" ist die industrielle Form dieser qualitativ neuen technischen Möglichkeiten.

Um Mißverständnisse vorzubeugen: Die Aussage, daß körperliche oder geistige bzw. soziale Arbeitsfunktionen technisierbar sind, bezieht sich nur auf ihre jeweils formalisierbaren Anteile; nur diese sind auf Maschinen übertragbar.

Statt des gebräuchlichen technischen Begriffs "Computer Integrated Manufacturing" (CIM) wird hier der Ausdruck "Neue Fabrik" ver-

wenden. Denn kennzeichnend für die Neue Fabrik sind nicht technische Einzelheiten wie der Roboter, das CAD- oder PPS-System. Das wesentliche ist eine historisch neue Art der Rationalisierung, mit welcher auch geistige - und damit soziale - Anteile der Arbeit technisierbar werden.

Die Ergänzung der alten Werkzeuge durch die neuen Denkzeuge ist für die Welt der Arbeit ein qualitativer Sprung, welcher vergleichbar ist mit der Industrialisierung selbst.

Die folgende These könnte eine nicht-technische Definition der Neuen Fabrik sein:

These 3: Eine industrielle Produktion hat dann die Qualität der Neuen Fabrik, wenn durch Hinzunahme von Technik allein keine effektivere Produktion erreicht werden kann. Das heißt, wenn nicht mehr die technische, sondern die soziale Innovation zum Schlüsselproblem geworden ist.

Die Neue Fabrik - auch für's Kapital eine Kröte

Wie jede Produktion ist auch die Neue Fabrik ein soziotechnisches System, das heißt ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken von technischer Maschinerie und menschlicher Arbeit, von technischem und sozialem Prozeß.

Der aktuelle technische Kern der Neuen Fabrik sind vernetzte Computersysteme. Besonders wegen dieser Vernetzung wird die Arbeitsorganisation nicht erst nach, sondern schon während der technischen Konstruktion im wesentlichen festgelegt. Die so erzwungenen Arbeitsorganisationen sind zufällig und meist wenig produktiv, oft nicht einmal praktikabel.

Mindestens 80% aller CIM-Projekte verfehlen aus diesem Grund zumindest einen Teil der gesteckten Ziele wie höhere Arbeitsproduktivität, Termintreue, kleinere Durchlaufzeiten, weniger Umlaufkapital und so weiter. Sie enden in einer sogenannten CIM-Havarie.

These 4: Immer noch gibt es kein Beispiel eines größeren CIM-Systems, welches im industriellen Alltag effektiver arbeitet als die herkömmlichen Produktionssysteme. Die Vision von der "mensenleeren Fabrik" ist eine naive Illusion. Typisch für CIM-Projekte ist ihr Scheitern. Die Entwicklung der Neuen Fabrik steckt in einer Krise.

Auch die Seite des Kapitals vermutet inzwischen, daß CIM-Havarien verhindert werden könnten, wenn es gelänge, eine gemeinsame Konstruktion von technischer und sozialer Innovation zu organisieren.

These 5: Die Suche nach den Gründen für ausbleibenden Erfolg hat zur "Wiederentdeckung" des Menschen geführt. Zumindest in den Zeitschriften für's gehobene Management ist das Thema "Human Capital" ein Dauerbrenner. Durch den Versuch, in die CIM-Produktionskonzepte "den Menschen (wieder) einzubauen", wird aber der Rahmen eines rein technischen Problems gesprengt. Wird der Mensch einbezogen, so verlangt die neue Qualität der Technik eine ebenso neue Qualität der Arbeitsorganisation.

Die Arbeitswelt der Neuen Fabrik entsteht in zwei dialektisch miteinander verbundenen Stufen:

- Der Abspaltung formaler Anteile der individuellen und der sozialen, geistigen Arbeit und Übertragung auf eine Maschine.
- Der Entwicklung einer neuen Arbeitsorganisation für die verbleibende menschliche Arbeit.

Oft werden beim Abspalten der formalen nicht-formale Anteile "übersehen" und mit abgespalten. Das so verdrängte, aber notwendige Produktionswissen muß hinterher wieder mit Menschen eingebracht werden.

These 6: Die Organisation der Arbeit ist vielfältig verflochten mit lokalen arbeitskulturellen Traditionen. Ihre (qualitative) Änderung ist

deswegen eine komplizierte soziale Innovation. Für die Neue Fabrik ist diese soziale Innovation nicht einfacher, sondern wesentlich komplexer geworden.

Die wenigen erfolgreichen Ansätze zeigen, daß zur Gestaltung der Neuen Fabrik objektive Interessen der Werker in die Gestaltung einfließen müssen. Diese sind - wenigstens im Moment - nur über demokratische Prozesse zu finden.

Solche, die Effektivität fördernde demokratische Prozesse entsprechen durchaus dem Profitinteresse des Kapitals. Aber der, von einem demokratischen Prozeß nicht zu trennende Emanzipationsprozeß widerspricht seinen Herrschaftsinteressen.

So erwächst das demokratische Potential der Neuen Fabrik aus ihrer Widersprüchlichkeit gegenüber den beiden Interessen des Kapitals, Herrschaft und Profit.

These 7: Auch die Neue Fabrik ist ein soziotechnisches System, welches ohne politischen Begleitprozeß nicht produktiv konstruiert werden kann. Noch ist es so, daß - wenn überhaupt - nur demokratische Ansätze erfolgreich sind. Das heißt:

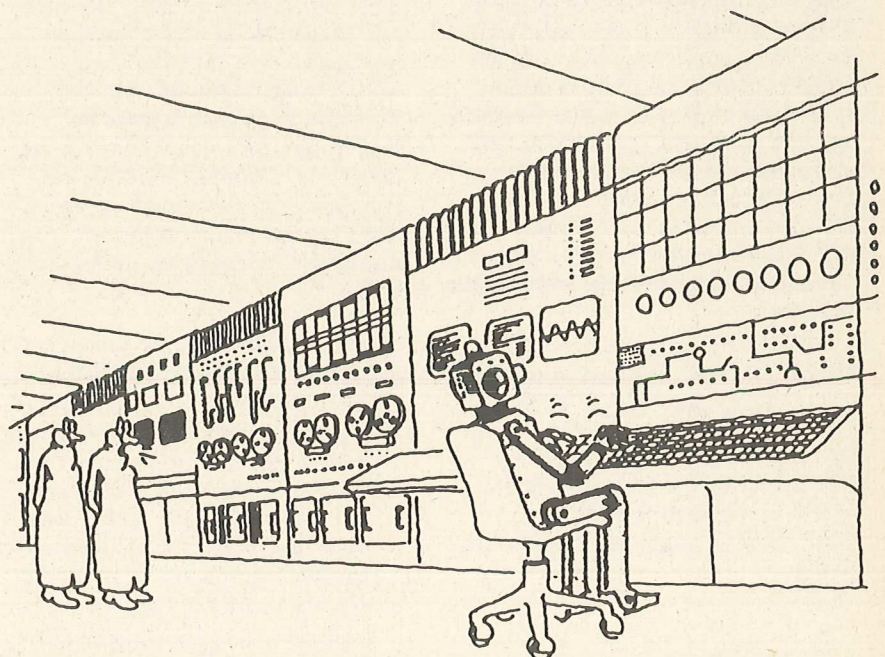
nur demokratische Praktiker haben das Know-how, die Neue Fabrik zum Laufen zu bringen. Eine demokratische Technologiepolitik muß diese (vergängliche?) paradoxe Situation nutzen.

Theoriearbeit - nötig wie die Luft zum Arbeiten

Um dieses demokratische Potential zu nutzen, brauchen wir theoretische Klarheit zumindest in einigen wichtigen Punkten.

These 8: Eine vom Menschen konstruierte Maschine kann ihn nicht ersetzen oder "überholen". Zwar können formale Teile der menschlichen Arbeit durch Technik ersetzt werden, aber nie der Mensch "als Ganzer". Eine "menschenlose" Produktion kann es prinzipiell nicht geben.

Nicht nur unter den Bedingungen der Konkurrenz ist Produktion der permanente Versuch, immer neue Bedürfnisse zu befriedigen. Produktion wird also immer auch einen innovativen Anteil haben.



"Er ist der einzige, der noch durchblickt!"

(Liebermann)

Je innovativer aber die Produktion ist, umso mehr Überraschungen und Zufälle wird es geben. Und diese sind ein Maß für die Formalisierbarkeit und damit für die Technisierbarkeit der Produktion. So besteht jede Produktion aus einem formalisierten (technisierten) und einem nicht formalisierten (menschlichen) Anteil.

These 9: Ständig, mit jeder technischen Innovation werden neue Anteile der menschlichen Arbeit formalisierbar und damit abgespalten und technisiert. Aber gerade dadurch entstehen immer wieder neue nicht formalisierbare Anteile. Da dieser Prozeß kein absehbares Ende hat, bleibt der Mensch nicht trotz, sondern wegen der technischen Innovation wichtigste Produktivkraft.

Die Forderung "Der Mensch muß bleiben" ist also falsch. Es schafft Verwirrung, etwas zu fordern, was niemand verweigern kann. Der arbeitende Mensch wird in eine unnötig bettelnde Rolle gedrängt. Sein Verbleib in der Produktion wäre keine wachsende Notwendigkeit, sondern nur noch eine karitative Maßnahme.

Früher wie heute ist Arbeitslosigkeit ausschließlich ein Resultat des politischen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Oder anders ausgedrückt: Die Kumpel sind umso mehr von Arbeitslosigkeit bedroht, je länger sie arbeiten und je weniger sie dafür bekommen. Dieser "Wert der Ware Arbeitskraft" ist vor allem eine Funktion des Selbstbewußtseins der Arbeitenden, des sogenannten subjektiven Faktors.

Durch die Erfahrung: "Wenn die Technik kommt, müssen Menschen gehen" wird sehr erfolgreich der falsche Schluß nahegelegt, Technik sei Ursache der Arbeitslosigkeit. Die tatsächlichen Ursachen sind verdeckt, die Betroffenen verunsichert und weniger zur Gegenwehr bereit.

Technisches Wissen - nicht nur weitergeben, sondern demokratisieren

Zu viele wissen zu wenig über die technischen Grundlagen der Neuen Fabrik. Demokratisierung von technischem Wissen ist Lehren und Lernen im solidarischen Bündnis aller betroffenen sozialen Gruppen: Die technische und die nicht-technische Intelligenz, die Gewerkschaften, die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung, die Demokratischen Verbände.

These 10: Für die Demokratisierung von technischem Wissen brauchen wir ein nicht-technisches, ein politisches Bild der neuen Fabrik, damit auch nicht-technische Wissenschaften und alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen an der Gestaltung der Neuen Arbeit mitwirken können.

Politisierung der technischen Intelligenz - schwierig aber möglich

Die Entwicklung demokratischer Politik benötigt schon immer ein solides technisches Fachwissen. Da dieses zu schnell veraltet, als daß es auf "langen Wegen" transportiert werden könnte, muß dafür gesorgt werden, daß zumindest wichtige Teile dieses Wissen bereits im Bündnisbereich der Arbeiterklasse entstehen. Damit ist ein Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz zur Voraussetzung für jede demokratische Technologiepolitik geworden.

Die objektive Interessenlagen von Gewerkschaften und technischer Intelligenz sind etwa folgende:

- Die Gewerkschaft braucht einen frühen Einblick in die kommenden Innovations-Möglichkeiten, um rechtzeitig als bisher Interessen der Betroffenen zu erkennen und wirksamer zu vertreten.
- Die Fachverbände sind in wachsendem Maße gezwungen, ihren Tellerrand zu überklettern, da mit dem soziotechnischen Charakter der Neuen Fabrik ver-

mehrt nicht-technische (politische) Probleme zu lösen sind.

These 11: Die objektiven Möglichkeiten einer institutionalisierten Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den technischen Fachverbänden sind gewachsen. Die technische Intelligenz engagiert sich vermehrt für gewerkschaftliche Ziele ohne sich deswegen gewerkschaftlich zu organisieren. Andererseits sind die technischen Fachverbände durch die CIM-Krise so verunsichert, daß sie (in eigenem Interesse) auch zu einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit sind.

Demokratische Qualifikation, das heißt die Fähigkeit, an demokratischen Prozessen aktiv und mit Lust teilzunehmen, ist eine Qualifikation, die wie jede andere gelernt werden muß. Eine bewährte Art, dies zu lernen, ist die gemeinschaftliche Vertretung der eigenen Interessen.

D.h. auch wir brauchen, soweit wir in der Wirtschaft tätig sind, Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertretung. Das Risiko, daß aus solchen Betriebsräten "kleine Unternehmer" werden, ist nur wenig größer als in anderen Betrieben.

These 12: Demokratische Politik ist keine karitative Herzenssache, man muß sie lernen - am besten durch Vertretung der eigenen sozialen Interessen. Das gilt auch oder besonders für die "privilegierte" Schicht der technischen Intelligenz. Aus dem "Herrn Ingenieur" muß endlich ein Kollege Ingenieur werden.

Wer sich einmischen will, muß sich auskennen - Industrieberatung mit demokratischem Anspruch

Aus dem demokratischen Potential der Computertechnik folgt, daß eine Industrieberatung möglich ist, welche demokratischen Ansprüchen genügt.

Soziotechnische Systeme benötigen Begleitprozesse zu ihrer Konstruktion um effektiv zu sein. Richtig organisiert können solche Begleitprozesse demokratischen Charakter haben. Sie können selbstbewußte Belegschaften hinterlassen.

Da das Profitinteresse und der Herrschaftsanspruch des Kapitals bei der Neuen Fabrik in Widerspruch geraten, besteht ein nutzbarer taktischer Spielraum. Beratung auf diesem Gebiet bewegt sich also im Kraftfeld der betrieblichen Auseinandersetzungen und kann erfolgreich für die Interessen der Belegschaft wirken.

Zum Schluß

Zum Schluß sei noch folgendes klargestellt: Die These vom demokratischen Potential der Neuen Fabrik behauptet nicht einen technik-immanenten Zwang zu demokratischen Verhältnissen. Durch Ausnutzung dieses Potentials würde der Kampf um demokratische Verhältnisse nicht leichter oder gar unnötig, aber vielleicht ein bißchen weniger hilflos. Auch das wäre viel.

(Gerhard Wohland, 42, Dr. rer. nat., ist Soziotechnischer Berater bei der WISPI-GmbH, Eßlingen; sein Arbeitsschwerpunkt: CIM-Havarien)

Eindrücke von der FIFF-Jahrestagung 1988

von Eric Bonse

(Die FIFF-Jahrestagung 1988 liegt nunmehr seit einiger Zeit hinter uns. Eric Bonse hat uns einen persönlichen Erfahrungsbericht von dieser Tagung geschickt, den wir hiermit veröffentlichen wollen.)

Vorweg: Dies war meine erste FIFF-Tagung. Und: Ich bin kein Informatiker. Ich studiere Informatik nur im Nebenfach (7. Semester, Hamburg) - im Hauptfach aber Politik. Mein Interesse zielt daher auf eine politische Kritik der Informationstechnik, erst in zweiter Linie auf eine Verbesserung oder bessere Verantwortung derselben.

Politische Kritik heißt für mich nicht einfach, die "Täter" zu kritisieren, die "Opfer" aufzuklären - und zu hoffen, "Täter" und "Opfer" würden eines schönen Tages die Rollen vertauschen. Die Kritik muß weiter greifen und auch die Voraussetzungen und die Folgen Informatisierung fassen: also Arbeitsteilung, Bürokratisierung und Aufrüstung (als allgemeinste Voraussetzungen) einerseits, die digitale Rekonstruktion des Wissens und die Anpassung der realen an die digitale Welt (als allgemeinste Folgen) andererseits.

Beide Seiten tragen Momente der Gewalt in sich. Tayloristische Arbeitsteilung und Aufrüstung gehen nicht ohne Gewalt ab. Und auch die laufende Umstrukturierung von Information, Kommunikation und Wissen, die Reorganisation der Arbeitswelt mithilfe von Informationstechnik hat potentiell gewalttätigen Charakter. Allerdings sieht man das nicht (oder nicht mehr): die Gewalt ist strukturell und wird solange nicht offenbar, wie sich kein Widerstand regt. Solange gesellschaftliche Akzeptanz die Informationstechnik trägt, wird der aggressive Charakter der Informatisierung

nur individuell erfahren: z.B. als Arbeitslosigkeit.

Andererseits hat die Informatisierung auch ein demokratisches Potential. Obwohl sie auf tayloristischer Arbeitsteilung aufbaut, kann sie auf paradoxe Weise dazu beitragen, sie wenigstens in ausgewählten Bereichen zu überwinden. Sie kann zur Requalifizierung führen und könnte auch das Wissen demokratisieren. Schließlich ließen sich mit Informationstechnik möglicherweise sozialistische Träume einer dezentralisierten Planwirtschaft doch noch realisieren.

Je nachdem, ob man gewalttätiges oder demokratisches Potential der Informationstechnik betont, wird man eher zu Maschinensturm und Verweigerung, oder zu Technikgestaltung und Arbeitspolitik neigen. Nun sind Maschinensturm und Verweigerung kaum mit der Praxis von Informatikern zu vermitteln. Dies gilt auch für die Gewerkschaften - wenn auch aus anderen, mehr politischen Gründen. Für mich ist das ein Dilemma, da ich selbst in gewerkschaftlichen Zusammenhängen zum Thema IuK-Technik - speziell zu Expertensystemen - arbeite. Von der FIFF-Tagung erhoffte ich mir Ansätze, dieses Dilemma zu überwinden.

"Jo" Weizenbaum machte es mir gleich zu Beginn, auf der Pressekonferenz, nicht leicht. Er war zu "far out", um Expertensysteme noch als aktuelles Problem zu sehen. Vielmehr freute er sich, "daß wir so weit gekommen sind, die Allgemeinheit der Computer-Programme nicht mehr anzustreben." Auf Schanks "Politics"-Programm angesprochen, scherzte der Altmeister: "Das ist doch fast eine Hoffnung, wenn man sich die realen Politiker ansieht."

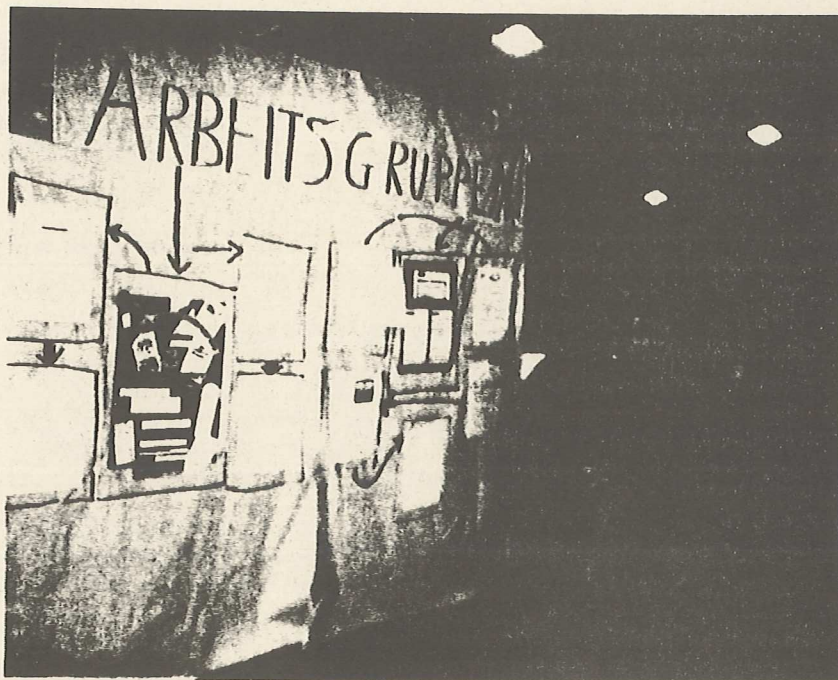
Weizenbaum wußte wohl nicht, daß der "Spiegel" gerade berichtet hatte, wie sehr Reagan in seiner Amtszeit auf Scripts und Wissens-Simulation angewiesen war. Vor diesem Hintergrund aber verstand ich ihn so: Das Problem liegt nicht darin, daß Computer zu "intelligent", sondern daß Menschen zu dumm gemacht werden könnten. Schauspieler - Simulanten - Expertensysteme... Die Realität wird an die 'Künstliche Intelligenz' angepaßt, nicht umgekehrt - um einen Satz von Wolfgang Coy abzuwandeln.

Mit Coys Vortrag hatte ich das selbe Problem wie mit Weizenbaum: Beide waren brillant (Weizenbaum mehr philologisch und leider zu kurz, Coy herrlich kabarettistisch) - doch was hatte all das mit der "industriellen Arbeit" zu tun, von der Coy doch auch sprechen wollte?

Aber dafür war ja Manfred Wulff geladen, in der Tat schilderte er eine Seite der industriellen Arbeit - die Sisyphosarbeit der Betriebsräte. So konkret, daß sich praxisfremde Informatiker mit ihren Nachfragen dazu nur blamieren konnten. Besonders wichtig fand ich:

- daß die Forderungen des Betriebsrats kaum je zu einer Veränderung des EDV-Systems führten, was Wulff als "politisches Problem" bezeichnet;
- die Idee eines Grundrechts auf Mitbestimmung über Produkte;
- die Frage, ob Informatiker und Ingenieure selbst eine Gegenbewegung entwickeln können, oder ob sie wieder von außen kommen muß wie bei der Volkszählung.

Gute Frage! Beantwortet hat sie keiner, und ich frage mich zusätzlich, ob vielleicht auch abhängig Beschäftigte eine Gegenbewegung entwickeln können... Wohl kaum: die (meisten) Gewerkschaften wollen die Akzeptanz der Informationstechnik ja nicht als politische Waffe einsetzen, sondern durch "sozialverträgliche" (sozialpartner-schaftliche?) Technikgestaltung entlohnen lassen. Schade, lägen hier doch wichtige Hebel...!



Sie wurden, soweit ich sehen kann, während der ganzen Tagung nicht mehr angefaßt - vielleicht mit Ausnahme von Gerhard Wohland. Er griff zudem noch zu marxistischen Wahrheiten - so gewappnet hätte er wohl kräftig zubeißen können. Wäre da nicht der alte blinde Fleck des Marxismus: Der Glaube an die Neutralität der Produktivkräfte und an die Notwendigkeit ihres stetigen "Fortschritts". Dementsprechend erkennt Wohland 'mal in der Computertechnik, 'mal in "Computer Integrated Manufacturing" (CIM) ein "demokratisches Potential". Und dementsprechend bekannte er sich zur "neuen Fabrik" als "gesellschaftlichem Fortschritt", wenn zur technischen auch noch die soziale Innovation komme.

Also - bevor ich mich mit Wohland streite: viele seiner Thesen finde ich richtig und wichtig. Vor allem, weil Wohland Technik als Ansatzpunkt für Politik begreift. Aber begreift er deshalb schon die Technik politisch? ich zweifle.

Technik ist nie neutral, sondern immer schon ein Produkt der Auseinandersetzung mit der Natur und zwischen den Klassen. Das heißt im Kapitalismus: sie ist von Kapitalinteressen geprägt, und zwar immanent. Oder hat "die konkrete Arbeit" (Marx) etwa ein Interesse an der absoluten Abstraktion und Formalisierung, wie sie Theorie und Praxis der Informatik bisher darstellen? Nein - vom Standpunkt der konkreten Arbeit bedeutet das eine gewalttätige Verkrüppelung, Reduzierung auf beliebig austauschbare Symbole.

Allerdings wird die Sache mit dem zunehmenden Vordringen der Informatik in wenig formalisierte Gebiete, mit ihrer zunehmenden Integration und Vernetzung komplizierter. Die Technik behält zwar ihre kapitalistische Form, wird inhaltlich aber zunehmend auf Mithilfe der Anwender angewiesen. Sie müssen Akzeptanz, Daten und Wissen bereitstellen, damit Informationstechnik überhaupt noch funktioniert - womit sich ein "eigentümliches Politikpotential" (Thomas Malsch vom Wissenschaftszentrum Berlin) eröffnet.

Dieses Politikpotential hat auch Wohland im Auge. Die Frage ist nur, ob es demokratisch genannt werden kann. Ich habe da Zweifel, da die formale Sprache, die digitale Struktur der Informationstechnik "undemokratisch" sein könnten, weil sie eine ganzheitliche Wahrnehmung verhindern.

Selbst als "Werkzeug" prägt Technik immer schon die Wahrnehmung. "Für den Besitzer eines Hammers besteht die ganze Welt aus Nägeln". Für den Besitzer eines Computers besteht die ganze Welt aus informationsverarbeitenden Systemen. Das ist nicht nur der Standpunkt der KI-Intelligenzia, sondern auch des Managements. Zufall?

Natürlich ist Wahrnehmung etwas eminent Politisches. Durch Expertensysteme nehmen wir einen Weltausschnitt anders wahr als der Experte. Der Experte wiederum nimmt diesen Ausschnitt anders wahr, als der/die Betroffene - Beispiel: Arzt und Patient haben ein ganz verschiedenes Verhältnis zu denselben Symptomen. Expertensystem und Arzt wieder ein anderes. Krankheit und Verantwortung werden im Expertensystem auf Regeln, Fakten und eine Inferenzmaschine

reduziert. Vielleicht wird an diesem Beispiel deutlich, was ich Rekonstruktion der Welt durch Informationstechnik nenne. Nehmen wir Vernetzung und andere Kommunikationstechniken hinzu, und unser Weltbild hängt endgültig am gläsernen Faden.

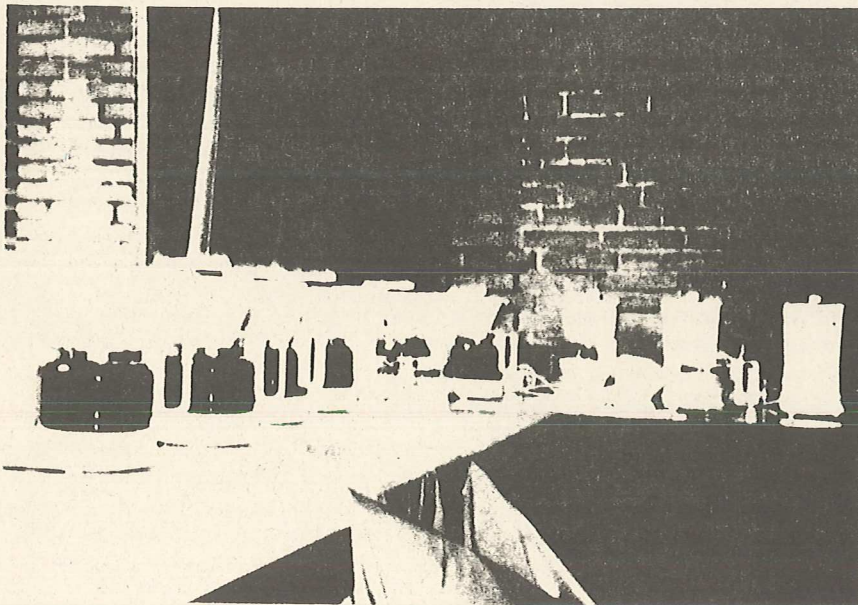
Das ist ins Unreine geschrieben; wichtig ist mir nur soviel: Die Frage ist, ob Computertechnik oder auch "CIM" nicht eigentlich Gegensätze zur Demokratie sind, aufgrund ihrer Struktur. Bzw. ob sie nicht wenigstens eine andere Struktur von Demokratie implizieren. Das "demokratische Potential" verdrängt jedenfalls nicht das kapitalistische, wenn "aus dem Herrn Ingenieur der Kollege Ingenieur" wird, wie Wohland propagiert, die Technik aber dieselbe bleibt. Bleibt die Technik aber dieselbe, wenn sie "sozialverträglich gestaltet" werden kann? Das ist die große Frage.

So viel zu Wohland. Zu Haefner fällt mir nichts ein (außer, daß sich auch Späth auf ihn beruft). Sein Gegenspieler war schwach. Man darf nicht versuchen, einen Haefner mit Platitüden ("Computer leisten nur Berechenbares") zu widerlegen, denn der will ja sowieso mehr faszinieren als argumentieren. Und: was ist eigentlich gegen den Begriff "Denkzeug" zu sagen, den Haefner prägte? Die Linke sollte ihn in ihrem Sinne besetzen, statt immer von "tools" zu neudeutschen.

Bleiben die Arbeitsgruppen: Meine (AG 5: Arbeitnehmerberatung am Beispiel von KI-Techniken) hat viele Fragen aufgeworfen und also viel gebracht. Diskutiert wurde u.a. die Frage, ob die inkrementelle Entwicklung von Expertensystemen - die nicht zuletzt von kritischen InformatikerInnen (wie Christiane Floyd) gefordert wurde - ein Vor- oder ein Nachteil für Arbeitnehmerberatung und -Beteiligung ist. Die Frage dürfte an Bedeutung gewinnen.

Die anderen Arbeitsgruppen kann ich nicht beurteilen. Warum wurden die Ergebnisse nicht für alle TeilnehmerInnen vorgestellt? Sie fehlen mir. Denn hinterher hatte ich den Eindruck, daß nicht eine einzige AG, sondern eher schon alle zusammen das geschafft haben, was ich mir klammheimlich wünschte: Die Vermittlung von theoretischem Maschinensturm und praktischer Gestaltungsarbeit. Computer-Arbeit???

(Eric Bonse stellt sich im ersten Absatz seines Artikels selbst vor.
Die Bilder dazu knipste Rolf Frerich)



Telekommunikation und Datenschutz

von Peter Bader und Peter Kaiser

Am 29. September 1988 veranstaltete die SPD-Fraktion des bayerischen Landtags ein öffentliches Forum "Technologische Entwicklung und Neuordnung der Telekommunikation - wo bleibt der Datenschutz?". Leider war die Resonanz unter den Abgeordneten aller Fraktionen sehr gering: während von SPD und Grünen Beobachter erschienen waren, war von der CSU-Fraktion niemand zu der Veranstaltung gekommen, die im CSU-Fraktionssaal stattfand.

Nach einem einführenden Vortrag von Prof. Dr. **Herbert Kubicek** diskutierten auf dem Podium **Karl-Josef Frensch**, Direktor der Siemens AG, Geschäftsbereich öffentliche Vermittlungssysteme, **Sebastian Oberhauser**, bayerischer Landesbeauftragter für Datenschutz, **Guntram Kraus**, Referatsleiter für Teilnehmerdienste der Oberpostdirektion München (den Teilnehmern der FIFF-Jahrestagung 1987 in München bekannt: er vertrat die Post bei der abschließenden Podiumsdiskussion), Dr. jur. **Wilhelm Seitz**, Amtsvorsteher im Postamt Landshut, ehemaliger Referent für Datenschutz im Bundespostministerium und **Herbert Kubicek**, Professor für Angewandte Informatik, Universität Bremen. Die Diskussionsleitung hatte **Karl-Heinz Hiersemann**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Bayern.

Das Forum beschränkte sich in der Diskussion der Frage möglicher Auswirkungen der neuen Technologien (ISDN, digitale, speicherprogrammierbare Vermittlung) und der ordnungspolitischen Änderungen (neue Poststruktur, Öffnung des Endgerätemarkts) auf den Datenschutz.

Im folgenden wird kurz die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung mit ihren Problemen dargestellt, wie sie Herbert Kubicek in seinem Vortrag geschildert hat.

Fernmeldewesen im Umbruch

Das Fernmeldewesen befindet sich in technischer und ordnungspolitischer Hinsicht im Umbruch. Technisch werden elektromechanische Vermittlungsstellen durch digitale speicherprogrammierbare Vermittlungscomputer ersetzt, ISDN wird eingeführt und Breitbandnetze sind geplant. Ordnungspolitisch werden der hoheitliche und der Dienstleistungsbereich der Post getrennt, wobei der letztere in drei Unternehmen aufgespalten wird, und private Anbieter im Telekommunikationsbereich zugelassen. Die Risiken dieser Änderungen werden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, obwohl sie von manchen Experten durchaus kritisch beurteilt werden. So meint der Bundesjustizminister in einer Stellungnahme zum Poststrukturgesetz, daß dieser Gesetzentwurf zum Schutz des Persönlichkeitsrechts "gegenüber dem geltenden Recht keine Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen (*bringt*)".

Die Datenschutzprobleme stellen sich - eingeteilt nach den drei Bereichen Netze, Dienste und Anwendungen - wie folgt dar:

Bei den Netzen wurde mit der Einführung der speicherprogrammierbaren Vermittlung ein prinzipiell anonymes durch ein prinzipiell identifizierendes Verfahren ersetzt, bei dem personenbezogene Daten wie die Nummern der Teilnehmer verarbeitet werden. In der TKO (Telekommunikationsordnung) wird u.a. der Datenschutz für die in großer Menge anfallenden Daten geregelt. Die Datenschutzbeauftragten der Länder haben diese Regelung als nicht hinreichend konkret kritisiert.

Zum Netzbereich zählt auch die Einführung von ISDN: die Integration verschiedener Dienste führt zu einer Konzentration der Vermittlungs- und Abrechnungsdaten. Werden bisher bei der Bundespost die Daten für die Erstellung der Rechnungen

- dezentral (ca. 6000 regionale Erfassungsstellen beim Telefon),
- dienstspezifisch (getrennt für Telefon, Datex-P, Teletex, ...) und
- nur als aufsummierte Beträge gespeichert, so geschieht dies in Zukunft
- zentral (12 Erfassungsstellen),
- diensteintegrierend (da bei ISDN eine Leitung für viele Dienste verwendet werden kann, ist es naheliegend, diese Dienste auch gemeinsam abzurechnen) und
- viel ausführlicher (Nummer von Rufendem und Gerufenem, Zeit, Dauer)

Weiterhin ist die Vielzahl der neuen Dienste noch nicht unter dem Blickwinkel des informationellen Selbstbestimmungsrechts betrachtet worden. So ist - anders als bei BTX - für die Vielzahl der möglichen Dienste noch nicht festgelegt, ob und falls ja, wie, der Rufende die Weitergabe seiner Nummer kontrollieren kann.

Im Dienstebereich gab es bereits Auseinandersetzungen um den Datenschutz zwischen Post und Datenschutzbeauftragten (zum Beispiel bei BTX). Für die Zukunft ist besonders problematisch, daß - ohne Genehmigungspflicht - private Diensteanbieter zugelassen werden, und noch nicht klar ist, ob sie als Privatunternehmen denselben Datenschutzbestimmungen unterliegen werden wie die Post als öffentliches Unternehmen.

Im Anwendungsbereich vereinfacht der ISDN-Standard die Rechnerkommunikation. Damit entfallen Schranken, die bisher den unzulässigen Austausch personenbezogener Daten schon aus technischen Gründen behinderten. In Baden-Württemberg wird zum Beispiel im öffentlichen Bereich mit dem "Landessystemkonzept" eine Vernetzung der Behörden geplant, ohne daß bisher die Datenschutzgesetze, die noch von "Informationsinseln" ausgehen, an die neue Technik angepaßt worden sind.

Die Diskussion

Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, welche unmittelbaren Konsequenzen es hat, Vermittlungsdaten aller und nicht nur einiger weniger Kunden, die dies wünschen, zu speichern. Neben der geplanten detaillierten Einzelabrechnung wurde von Postvertretern ins Feld geführt, daß es technisch besser möglich werde, (von anonymen Anrufern) belästigten Kunden zu helfen und daß erstmals die Möglichkeit bestünde, Postkunden nachträglich Auskunft über ihr Kommunikationsverhalten zu geben (ohne ein Beispiel zu nennen, wann das jemanden interessieren könnte). Außerdem waren sich alle darüber einig, daß die Vermittlungsdaten für die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden von großem Interesse sind. Hierüber gab es eine kontroverse Diskussion (s.u.).

Verschärftes Datenschutzproblem: Es herrschte auf dem Podium Einhelligkeit darüber, daß das Datenschutzproblem durch ISDN und die digitale Vermittlungstechnik grundsätzlich verschärft wird. In der Frage, ob die bestehenden Datenschutz-Regelungen für die künftige Entwicklung im Telekomm-Bereich ausreichen, gingen die Meinungen allerdings weit auseinander.

Während Guntram Kraus (Post) die Frage eindeutig bejahte, ging der Industrievertreter davon aus, daß das Datenschutzproblem "für den ersten Schritt der Einführung des ISDN" geregelt sei, bejahte aber die Frage, ob es darüber hinaus einen Regelungsbedarf gebe. Der bayerische Datenschutzbeauftragte meinte, soweit er unterrichtet sei,

werde der Mißbrauch der digitalen Vermittlungstechnik durch die TKO 1988 ausgeschlossen. Später räumte er allerdings ein, daß die nächste rechtliche Grundlage "etwas spezifischer" sein müßte.

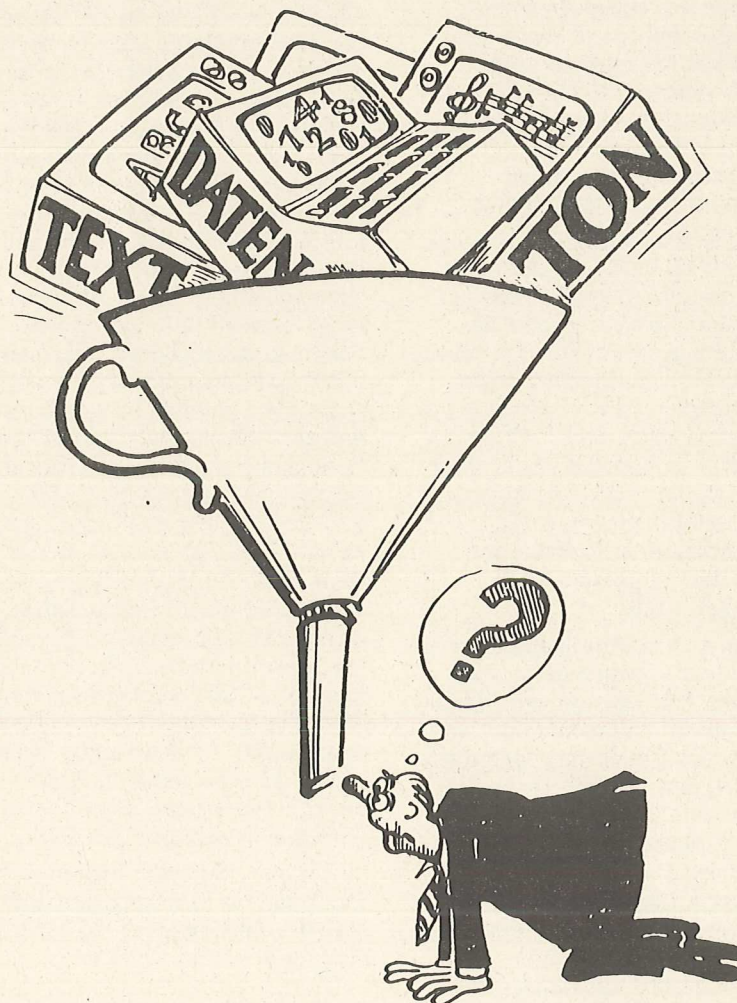
Herbert Kubicek sah deutliche Regelungsdefizite, insbesondere sah er - im Gegensatz zu Guntram Kraus (Post) - es als völlig ungelöst an, wann die in den Dateien der Post gespeicherten Daten an Sicherheitsbehörden und andere Dritte weitergegeben werden.

Sicherheitsbehörden: Herbert Kubicek berichtete von der Vermutung eines Mitarbeiters des bayerischen Datenschutzbeauftragten, daß infolge der großen Datenmengen und des verringerten technischen Aufwandes ein Strafrichter

leichter der Staatsanwaltschaft nachgeben könnte, wenn sie die Herausgabe von Vermittlungsdaten fordert.

Er machte dabei den Zusammenhang zwischen gegebenen technischen Möglichkeiten und Erwartungen der Justiz deutlich.

Wilhelm Seitz (Post) räumte ein, daß durch die Datenexplosion Behörden im Zuge der Strafverfolgung künftig öfter auf die Idee kommen könnten, (Verbindungs-) Daten anzufordern. Er berichtete, daß die Post - angeregt durch Gedanken des Bundesdatenschutzbeauftragten - mit dem Bundesjustizminister und dem Bundesinnenminister Gespräche geführt habe wegen einer Einschränkung der Herausgabe von Daten, konkret wegen einer Einschränkung des §12



(Wukasch)

Fernmeldeanlagenengesetz. Die Post werde sich einer solchen Einschränkung nicht widersetzen. Laut Herbert Kubicek war der Presse zu entnehmen, daß der Innenminister die Vorstellung hat, Verbindungsdaten sollten ohne richterliche Anordnung, allein auf Anforderung des Staatsanwalts herausgegeben werden.

Alternativen: Herbert Kubicek wies darauf hin, daß es Alternativen sowohl zur digitalen Vermittlungstechnik überhaupt, als auch innerhalb der digitalen Vermittlungstechnik gebe. Die entscheidende Frage dabei sei: Gibt es Kunden für alternative Technik?

Ob es eine grundsätzliche Alternative zu digitaler Vermittlungstechnik gebe, wurde nur von Herbert Kubicek bejaht. Er räumte allerdings dem Industrievertreter und der Post gegenüber ein, daß solche generell datenarme Vermittlungstechnik nicht Stand der Technik sei. Man müsse dabei jedoch bedenken, daß in den Absatzmärkten, in vielen Ländern der dritten Welt, die Käufer (Regierungen) ein Interesse an der Ansammlung von Daten hätten.

Er vertrat vehement die Ansicht, daß es jedoch innerhalb der digitalen Vermittlungstechnik Differenzierungsmöglichkeiten gebe, die man unbedingt verwirklichen müsse. Um dem informationellen Selbstbestimmungsrecht Rechnung zu tragen, dürften nicht die Verbindungsdaten aller Teilnehmer gespeichert werden, sondern nur derjenigen, die eine Einzelabrechnung wollten, was technisch keinerlei Problem sei. Dieses letzte Argument blieb unwidersprochen.

Für den nichtöffentlichen Bereich nannte er ein Beispiel dafür, daß technische Alternativen auch durchaus gefragt sein können: Die Abgeordneten des Bundestags hatten sich geweigert, eine von der Firma Siemens gebaute Telefon-Nebenstellenanlage zu akzeptieren, da in ihr Verbindungsdaten gespeichert werden können. Dabei ging es nur um die Speicherung, nicht um die Auswertung der Daten. Siemens hatte daraufhin erklärt, die Anlage entsprechend zu modifizieren, sei technisch unmöglich. Schließlich war es der Firma - durch große Anstrengungen in diesem Prestigefall, die

ein Jahr in Anspruch nahmen - dann aber doch noch möglich.

Daß es innerhalb der digitalen Vermittlungstechnik Alternativen gibt, wurde sowohl von der Post, als auch vom Industrievertreter grundsätzlich bejaht, wenn auch mit einem ganz anderen Akzent.

Es wurde mehrfach die Ansicht vertreten, daß diese "Feinheiten der Nutzung solcher Technik" sich durch Austausch von Software verändern ließen, was allerdings schon einmal ein halbes Jahr dauern könne. (Karl-Josef Frensch, Siemens). Man könne eine Anwendung durch Software variieren, auch im Jahr 1991/92, wenn man bis dahin bezüglich des Datenschutzes etwas anderer Ansicht wäre. (Guntram Kraus, Post).

Beteiligung von Datenschützern an künftigen technischen Entwicklungen: Herbert Kubicek bedauerte sehr, daß nach wie vor die Datenschutzbeauftragten unzureichende Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung der digitalen Vermittlungstechnik hätten. Zur Zeit lege ein Arbeitskreis Kommunikationsdatenverarbeitung beim Fernmeldetechnischen Zentralamt (Kommunikations-)Protokolle fest und bestimmt damit auch für die Zukunft, welche Daten im Vermittlungsrechner erfaßt und welche Daten an die geplanten überregionalen Gebührenrechenzentren weitergegeben werden. Er stellte fest, daß es in diesem Arbeitskreis keine Beteiligung von Datenschutzbeauftragten gibt. Er sehe die Gefahr, daß die Chancen, den Datenschutz zu berücksichtigen, vertan seien, wenn diese Protokolle eingesetzt werden. Es werde dann auf Einsprüche erwidert werden, daß weltweit oder bundesweit die Entwicklung so sei, "daß alles gespeichert wird, was anderes ist gar nicht auf dem Markt." Er fügte hinzu: "Man muß doch sehen, daß die Sachzwänge von morgen immer heute oder gestern gemacht werden".

Diesem Argument hielten die Vertreter der Post entgegen, daß man doch nachträglich die Technik sehr leicht variieren könne (s.o.).

Das Problem der privaten Anbieter: Wilhelm Seitz (Post) vertrat zu diesem Problem einen wirtschaftsliberalen Standpunkt: Der Post-

minister sei nicht berechtigt, Datenschutzvorschriften für private Anbieter von Kommunikationsdiensten zu verlangen. Es werde in Zukunft so sein, daß der Kunde wählen könne, ob er zur Post will (mit einem relativ hohen Datenschutz) oder zu einem privaten Anbieter (mit weniger oder auch mehr Datenschutz als die Post ihn bietet). Die übrigen Diskussionsteilnehmer waren nicht dieser Ansicht (Karl-Heinz Hiersemann: "Datenschutz darf doch wohl nicht disponibel sein!") und verlangten mehr oder weniger deutlich eine Gleichstellung von Post und Privaten bezüglich der Verpflichtung zum Datenschutz. Herbert Kubicek vertrat die Ansicht, daß dies sogar durch die Verfassung vorgeschrieben werde.

Forderungen: Da es bei der Weitergabe von Verbindungsdaten an Sicherheitsbehörden um die Einschränkung von Grundrechten gehe (und da ganz allgemein das Ausnutzen von Technik zur Überwachung vom politischen Klima abhängen), müsse die Neuordnung im Telekomm-Bereich künftig durch ein Gesetz geregelt werden und nicht bloß durch eine vom Postminister erlassene Verordnung, forderten Herbert Kubicek und Karl-Heinz Hiersemann.

Sie forderten außerdem, daß das G10-Gesetz novelliert werden müsse (*in diesem Gesetz ist die Beschränkung des durch den §10 des Grundgesetzes garantierten Fernmeldegeheimnis geregelt*), um Verbindungsdaten besser zu schützen.

Herbert Kubicek forderte außerdem Mechanismen, durch die die Beteiligung von Datenschutzbeauftragten an der künftigen technischen Entwicklung garantiert werde.

(Peter Bader, 31, München, forscht auf den Gebieten Datenbanken und Expertensysteme.)

Peter Kaiser, 31, München, forscht auf dem Gebiet Rechnerkommunikation.

Die Autoren halten Datenschutz für ein sehr wichtiges Thema, zumal in Bayern.)

Hervorstechend: Der bayerische Datenschutzbeauftragte Sebastian Oberhauser

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem ersten
Tätigkeitsbericht des neuen Datenschutzbeauftragten Bayerns

von Ulrike Joos, Michael Kempf, Thomas Leuthold, Angelika Reiser, Bernd Rendenbach und Ditz Schroer

"Hervorstechendes Ereignis im Berichtszeitraum war der Wechsel im Amt des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Bayern." Mit diesem selbstbewußten Satz eröffnet Sebastian Oberhauser, Nachfolger für Dr. Konrad Stollreither im Amt des bayerischen Datenschutzbeauftragten, seinen ersten Tätigkeitsbericht vom 18. Dezember 1987. Und in der Tat - es gelingt Herrn Oberhauser bereits viereinhalb Monate nach seiner Amtsübernahme, aus der Gilde seiner Kollegen hervorstechen. Bereits seit 1970 hat sich der treue Staatsdiener in der bayerischen Verwaltung verdient gemacht, und sicherlich hat ihn dabei die mehrjährige Tätigkeit in der bayerischen Staatskanzlei besonders geprägt.

Persönliche Freiheiten finden ihre Grenze stets, wenn sie dem Allgemeininteresse drastisch widersprechen. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Verfassung und Gesetze. In Herrn Oberhausers Bericht scheint die Balance zwischen den freistaatlichen "Allgemein"-Interessen und dem fest verankerten Schutz der Menschenwürde sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit kaum mehr gewahrt.

Genau genommen hätte Herr Oberhauser seinen Bericht wesentlich kürzer gestalten können, denn bereits im ersten Teil seiner Ausführungen gelangt er zu der finalen Feststellung: "Der Datenschutz ist in Bayern gewährleistet." Ist damit das uneingeschränkte Sammeln von

Daten gemeint, die der bayerische Staat zur Wahrung seiner Ordnungsaufgaben benötigt? Die folgenden Punkte sollen einen Eindruck über den "bayerischen Weg" bei der Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten vermitteln.

Der bayerische Weg zur AIDS-Bekämpfung

In dem Kapitel über die Gesundheit ist das Thema AIDS am umfangreichsten behandelt. Nicht etwa, weil es sich hier um ein datenschutzrechtlich äußerst sensibles Gebiet handelt, sondern weil es für Herrn Oberhauser "eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft" zu sein scheint. Da die Folgen von AIDS für die Gesellschaft "katastrophal" sind, wird der bayerische Maßnahmenkatalog ausführlich nicht nur beschrieben, sondern auch begründet (!). Die Schlußfolgerung ergibt sich für Herrn Oberhauser dann dementsprechend: "Vielmehr werden an der Eignung der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen, die weitgehend Einsicht und guten Willen der Betroffenen voraussetzen, angesichts der hauptsächlich betroffenen Personengruppen erhebliche Zweifel geäußert. Bei dieser Sachlage können die bayerischen Maßnahmen aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht beanstandet werden."

So hat der bayerische Datenschutzbeauftragte keinerlei Bedenken, daß das Gesundheitsamt die

Daten von Personen mit negativem Testergebnis, wenn sie weiterhin zum Kreis der Ansteckungsverdächtigen gehören (Prostituierte, Drogenabhängige, ...) an die für Schutzmaßnahmen zuständige Kreisverwaltungsbehörde übermittelt.

Das öffentliche Interesse

In den die Sozialbehörden betreffenden Abschnitten des Berichts geht es u.a. um die Zulässigkeit von Datenoffenbarungen im Rahmen der Amtshilfe (Paragraph 4 SGB I, Paragraph 68 ff SGB X). Zwar dürfen die Sozialbehörden bei einer polizeilichen Anfrage nach einer Person keine Vermerke anlegen, um daraufhin der Polizei mitteilen zu können, wann sich die Person *in Zukunft* wieder in der Sozialbehörde aufhält. Jedoch dürfen sie der Polizei sogar *ohne eine richterliche Anordnung* Auskunft geben, falls sich diese Person zum Zeitpunkt der polizeilichen Anfrage gerade in ihren Räumen befindet (*Hervorhebungen d.d. Autoren*). Diese Rechtsauffassung vertreten das Innen- und das Sozialministerium. Wie in vielen anderen Punkten stimmt Herr Oberhauser voll mit den ministerialen Auffassungen überein. "Soweit die Daten für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft oder der Polizei im Rahmen eines Strafverfahrens benötigt werden, wird in der Regel das öffentliche Interesse an der Offenbarung gegenüber den Belangen des Betroffenen überwiegen".

Die menschliche Natur ist nun einmal nicht fehlerfrei

Im Kapitel über die Polizei erwähnt Herr Oberhauser mit keinem Satz die (vermutlich auch in Bayern erfolgte) Speicherung von Volkszählungsgegnern in der Datei APIS. Der Bundesbeauftragte wie auch die Landesbeauftragte von Baden-Württemberg z.B. beanstanden beide diese Speicherung. Es werden zwar einige andere Fehler bei der Polizei beanstandet, jedoch werden diese anschließend wieder heruntergespielt.

"Tatsächlich lautet das Resümee der Datenschutztätigkeit im Berichtszeitraum für den Polizeibereich, daß ernsthafte Datenschutzverstöße nicht festgestellt worden sind. Daß vereinzelt Fehler auftreten, liegt in der Komplexität der eingesetzten neuen Informationstechnik und in der nun einmal nicht fehlerfreien menschlichen Natur begründet. Sämtliche festgestellten Fehler beruhen indes nicht auf vorsätzlichen Datenschutzverstößen. Die bayerische Polizei verdient also auch bei der Datenverarbeitung das Vertrauen der Bürger."

Für wen der Datenschutzbeauftragte nicht da ist

Auch das Kapitel über den Verfassungsschutz ist geprägt von tiefem Verständnis für die Sorgen der Regierung. Hatte Herr Oberhauser ursprünglich datenschutzrechtliche Bedenken, wenn in NADIS (Nachrichtendienstliches Informationssystem) Teilnehmer gewisser Veranstaltungen gespeichert werden, ohne daß sie sonst in irgendeiner Weise auffällig geworden sind, so konnten diese ursprünglichen Bedenken jedoch vom Innenministerium überzeugend widerlegt werden: "Verfassungsfeindliche Zielsetzungen würden regelmäßig im Rahmen der Ausübung von Grundrechten verfolgt."

Sein Resümee lautet dann auch schon fast erwartungsgemäß: "Durch die Kontrolle des Datenschutzbeauftragten soll und darf das Landesamt für Verfassungsschutz nicht in der Erfüllung seiner Auf-

gabe behindert werden, Extremisten und Verfassungsfeinde zu beobachten und zu überwachen. Der Datenschutzbeauftragte ist nicht für Leute da, die den Verfassungsschutz diffamieren und abschaffen wollen, um ihre Ziele ungestört verfolgen zu können."

Ungesetzliches muß nicht immer so bleiben

Bei der schon wiederholt beanstandeten unzulässigen Weitergabe von Daten aus Besteuerungsunterlagen ergibt sich wiederum eine enge Koalition des Datenschutzbeauftragten mit der Regierung. Die Staatsregierung unterstützt das Bemühen um eine Gesetzesänderung, so daß die Weitergabe von Daten noch im Nachhinein zulässig wird. Herr Oberhauser schließt sich diesem an: "Es ist zweifellos sinnvoll und vermeidet unnötige Verwaltungsarbeit und Belästigungen der Bürger, wenn bestimmte, in der Regel wenig sensible Angaben aus den Besteuerungsunterlagen an andere Stellen, die diese Angaben dringend benötigen, weitergegeben werden. Dazu müssen freilich die gesetzlichen Vorschriften geändert werden. Andernfalls müßte (*Hervorhebung d.d. Autoren*) die bisherige Datennutzung, auch soweit sie sich auf einige wenige Grunddaten beschränkt, beanstandet und die Änderung einer Vielzahl von DV-Programmen im Bereich des gemeindlichen Steuer- und Abgabewesens gefordert werden."

Sind Sie geschieden?

Bemerkenswert am Kapitel über das Einwohnermelderegister erscheint folgende Reaktion auf Grund der Beschwerde eines Meldepflichtigen: Herr Oberhauser hat keine Einwände, wenn sich die Meldebehörde als Nachweis für die Scheidung den einschlägigen Teil der Urteilsbegründung ablichtet.

Volkszählung

In den Berichtszeitraum fiel auch ein erneuter Versuch der Volkszählung, die im Jahr 1983 nach den Beanstandungen des Bundesverfas-

sungsgerichts vorzeitig abgebrochen worden war. Diesmal funktionierte die Erhebung: "Der Landesbeauftragte war von Anfang an in die Vorbereitung der Volkszählung eingeschaltet. Er hat es als seine vorrangige Aufgabe angesehen, durch intensive Beratung und Kontrolle der mit der Volkszählung befaßten Behörde die *sorgfältige, peinlich genaue* Einhaltung der im Volkszählungsgesetz 1987 normierten Vorschriften sicherzustellen und so Mißtrauen und Ängsten den Boden zu entziehen (*Hervorhebungen d.d. Autoren*).". Auf sieben Seiten wird nun ausgeführt, wie diese statistische Erhebung durchgeführt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung peinlich genau eingehalten wurde. Hier sind die Ergebnisse:

- "Die Gemeinden ... bestätigten, daß es ... keinerlei Akzeptanzprobleme gebe."
- Arbeitsstättenbogen hatten das Problem, daß die erste Seite auch das Erhebungsmerkmal *Gemeinde* vorsah. Da jedoch versichert wurde, daß diese erste Seite getrennt aufbewahrt würde, war "aus der Sicht des Datenschutzes ... dieses Verfahren nicht zu beanstanden."
- Der DV-Einsatz in den Erhebungsstellen gab keinerlei Anlaß zu Beanstandungen.
- Das Ergebnis der Kontrollbesuche in den Erhebungsstellen war insgesamt positiv.
- In Gemeinden, in denen Bürger vortrugen, die dortige Erhebungsstelle gebe Anlaß zur Besorgnis, wurde durch eine Fragebogenaktion bei den Gemeinden keine gravierenden Mängel festgestellt.
- "Eine verbreitete Verunsicherung von Teilen der Bevölkerung, die durch verantwortungslose Kampagnen verängstigt war, war festzustellen."

Das Resümee lautet dann auch: "Der Landesbeauftragte mußte bei seiner umfangreichen Kontrolltätigkeit keine Feststellungen treffen, die die Volkszählung in Frage gestellt hätten. Die Forderungen des Datenschutzbeauftragten wurden akzeptiert und im wesentlichen eingehalten."

Im Computermagazin 4/88 zieht Herr Oberhauser eine noch deutlichere Bilanz: "Die Aufregung war von Anfang an überflüssig, rational nicht erklärbar, eine gesteuerte Massenpsychose. Die Volkszählung wurde auf der Grundlage eines verfassungsrechtlich einwandfreien Gesetzes durchgeführt. Die Volkszählung unterlag in allen drei Phasen der Kontrolle der Datenschutzbeauftragten. Die Vorschriften wurden eingehalten. Für Aufregung haben nur die teilweise strafbaren Aktionen der Volkszählungsgegner gesorgt."

Hauptsache effizient

Es ist schon erstaunlich, wie sehr Herr Oberhauser Effizienz im Verwaltungsapparat schätzt:

- "Die Qualität der polizeilichen Datenbestände - aus datenschutzrechtlicher Sicht gesehen - hat sich im Berichtszeitraum weiter deutlich verbessert. Die hierbei festzustellende Verringerung der Datenbestände hat, wie mir ausdrücklich versichert worden ist, zu keiner Beeinträchtigung der polizeilichen Arbeit geführt."
- Es hat sich "erwiesen, daß das Landeskriminalamt, dessen Effizienz allgemein anerkannt ist, dem Datenschutz den ihm gebührenden Stellenwert einräumt. Das belegt einmal mehr die Erfahrung, daß effektive polizeiliche Aufgabenerfüllung und richtig verstandener und praktizierter Datenschutz kein Widerspruch sind."
- "Mit ZEVIS sind ... die technischen Voraussetzungen geschaffen, ... Auskünfte im einstelligen Sekundenbereich zu erteilen."

Danksagungen allerorten

Immer wieder stößt man in dem Bericht auf die Dankbarkeit Sebastian Oberhausers, daß er überhaupt angehört wurde:

- "Die Bereitschaft der Bayerischen Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, Anliegen des Datenschutzes zu berücksichtigen,

möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben."

- "Ich danke allen Gemeinden und staatlichen Stellen für die Unterstützung, die ich im Rahmen meiner Kontrolltätigkeit (bzgl. der Volkszählung, d. Autoren.) erfahren habe."
- "Die Arbeiten zur Vorbereitung eines Bayerischen Archivgesetzes sind im Berichtszeitraum weiter voran getrieben worden, wobei ich mehrfach Gelegenheit erhielt, Bedenken und Anregungen vorzutragen. Hierfür möchte ich ausdrücklich danken."
- "Vor allem aber konnte ich mich bei meinen Antrittsbesuchen bei allen Kabinettsmitgliedern und den Amtschefs der bayerischen Ministerien davon überzeugen, daß ich bei meinem Bemühen um einen *Datenschutz nach Maß und Vernunft* mit ihrer vollen Unterstützung rechnen kann (*Hervorhebung d.d. Autoren*)."

Was kann uns da in Bayern schon noch passieren?

Sogar in Bayern war's schon mal besser

Sogar rein formal betrachtet verdient der Bericht von Herrn Oberhauser das Urteil ungenügend.

Als Beispiel zum Vergleich mag der sechste Tätigkeitsbericht (1983) seines Amtsvorgängers Konrad Stollreither gelten. Dort werden die in vielen Einzelfragen auftretenden gesetzlichen Vorschriften klarer erläutert. Stollreither betont, daß Datenschutz nicht einfach bedeute, bloße Daten zu schützen, sondern den gesamten Informationszusammenhang zu berücksichtigen, nämlich das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren. Im Zusammenhang damit wird das Volkszählungsurteil eingehend kommentiert. Darüber hinaus gestattet ein detaillierter Anhang von 16 Seiten mit Erklärungen, Beschlüssen und Vorschlägen zu gesetzlichen Regelungen der Konferenzen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder einen Blick über den bayerischen Teller. Ein abschließendes Sachregister erleichtert nochmals die Durchschaubarkeit.

Ähnliche Ausführlichkeit kann auch von Herrn Oberhauser verlangt werden.

Gewiß, der Bericht ist für den Landtag und den Senat gedacht, doch er böte genug Anlaß, in vielen Detailfragen auch die Allgemeinheit umfassend und verständlich zu informieren. Nicht einmal eine halbe Seite hat Herr Oberhauser für die Treffen mit seinen Fachkollegen übrig, dennoch genügend Platz, um festzuhalten, daß er in der Frage der Speicherung von HIV-Infektionen in polizeilichen Informationssystemen allein gegen alle anderen einen (zum ersten Mal in seinem gesamten Bericht) *eigenen* Standpunkt (oder wohl doch den der bayerischen Staatsregierung?) vertritt.

"Staatschutzbeauftragter" - nein danke!

Der Datenschutzbeauftragte darf kein Rechtfertigungsspezialist staatlicher Interessen sein, sondern muß eine Persönlichkeit sein, die die Bürger sicher durch das Dickicht der in ihrer Masse erdrückenden Informationen geleitet und dabei im Interesse des Einzelnen durchaus zur Kritik an der "Obrigkeit" bereit sein sollte - damit stellt er eine wichtige Kontrollinstanz dar, damit der Staat auch wirklich für das *allgemeine Wohl* seiner Bürger sorgen kann.

Literaturangaben:

SEBASTIAN OBERHAUSER: Neunter Tätigkeitsbericht des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 18. Dezember 1987; Berichtszeitraum 1986/1987.

KONRAD STOLLREITHER: Sechster Tätigkeitsbericht des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 2. August 1984; Berichtszeitraum 1983.

RUTH LEUZE: Datenschutz für unsere Bürger. 8. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz in Baden-Württemberg, 1987

REINHOLD BAUMANN: Zehnter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz zum 1. Januar 1988.

Datenschutzrecht. Bayerisches Datenschutzgesetz, Bundesdatenschutzgesetz mit weiteren Rechtsvorschriften zum Datenschutz. Hrsg: Geschäftsstelle des bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz; September 1983.

(Ulrike Joos, 30, ist im Bereich Entwicklung von CAD-Systemen tätig.

Dr. Michael Kempf, 30, forscht auf dem Gebiet Informationssysteme.

Thomas Leuthold, 32, arbeitet auf dem Gebiet Datenbanken-Anwendungsprogrammierung.

Dr. Angelika Reiser, 35, ist tätig im Institut f. Informatik der TU München, Schwerpunkt Datenbanken.

Bernd Rendenbach, 30, entwickelt in einem großen Softwarehaus Software-Entwicklungsumgebungen.

Ditz Schroer, 37, Maschinenbau-Diplomingenieur, ist tätig als Dozent für Informatik im Bereich der beruflichen Erwachsenenbildung eines Großunternehmens; Arbeitsschwerpunkte: Software-Engineering, Zukunftswerkstätten, Partizipation von Betroffenen.

Die AutorInnen beschäftigen sich intensiver mit Datenschutz, seitdem unter dem Stichwort "Sicherheitsgesetz" den Datenschutz betreffende Pläne der Bundesregierung bekannt geworden sind.)

Informationstechnische Grundbildung - aber wie?

von der Arbeitsgruppe Neue Medien
im Referat "Erziehungswissenschaft" der GEW

(Ludger Humbert von der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst fiel auf, daß es den SchreiberInnen der in den letzten Heften der FIFF KOMMUNIKATION erschienen Beiträgen zur ITG an praktischen Erfahrungen in der Schule zu fehlen scheint. Er bat uns deshalb diesen Artikel zu veröffentlichen, der in Heft Nr. 17/1988 der "Neuen Deutschen Schule", dem "Zentralorgan" der GEW Nordrhein-Westfalen erschienen ist. Anmerkungen sind der Erstveröffentlichung zu entnehmen)

Wieder werden im nächsten Schuljahr Kolleginnen und Kollegen für den Lernbereich "Informations- und Kommunikationstechnologische Grundbildung" fortgebildet. Wieder steht im Mittelpunkt dieser Fortbildungen das "benutzerorientierte Konzept" des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung in Soest. Wieder wird diese Fortbildung durchgeführt, ohne daß der Modellversuch "Neue Informations- und Kommunikationstechnologien", der seit 1985 in Nordrhein-Westfalen läuft, wissenschaftlich ausgewertet ist.

Wir - die Arbeitsgruppe Neue Medien im Referat "Erziehungswissenschaft" der GEW - wollen in diesem Artikel einen gesellschaftsorientierten Ansatz entwickeln, dessen Grundlage der Beschluß B 10 des Gewerkschaftstags 1986 in Osnabrück ist.

Mit dem Beschluß des Gewerkschaftstags von Osnabrück zu "Die Neuen Techniken - Konsequenzen für das Bildungswesen" will die Gewerkschaft ihre Vorstellungen zum Bildungssystem unter den durch Neue Techniken veränderten gesellschaftlichen Bedingungen deutlich machen.

Neue Techniken und grundsätzliche Aufgaben des Bildungssystems

"Wie sich in der zukünftigen Gesellschaft die Arbeits- und Lebensbedingungen entwickeln werden, wird nicht primär von der Bildungspolitik bestimmt. Dies ist vielmehr Aufgabe der arbeitenden Menschen, der Gewerkschaften, der politischen Parteien und der sozialen Bewegungen.

Die Bildungsvoraussetzungen der Menschen sind jedoch ein wesentlicher Bestimmungsfaktor dafür, welche Politik von wem durchgesetzt werden kann."

Im Anschluß an diese gesellschaftspolitische Aussage des Beschlusses von Osnabrück werden 3 bildungspolitische Aufgaben für Schule formuliert:

1. Schule soll verdeutlichen, wie das politisch-ökonomische System mit dem technischen System zusammenhängt, sie soll die Interessen der Entwicklung und des Einsatzes Neuer Technologien deutlich machen.
2. Schule soll den historischen Prozeß erkennbar machen als vom Menschen gestaltet und als zukünftig vom Menschen veränderbar.
3. Zur Umsetzung dieser Einsicht gehören Kreativität und Solidarität, die in der Schule erfahrbar gemacht werden sollen.

Gewerkschaftliche Forderungen an das Curriculum

Die Gewerkschaft fordert in ihrem Beschluß weiter, "daß die Neuen Techniken Gegenstand von

Unterricht sein müssen ... Sie fordert Unterrichtskonzepte, die von der Verknüpfung technischer Entwicklung und gesellschaftlichem Wandel ausgehen ..., die Jugendlichen *Handlungsmöglichkeiten* für Entscheidungen in gesellschaftlichen Prozessen gibt. Diese Grundbildung soll sie befähigen, über den *Einsatz* bzw. *Nichteinsatz* sowie die Gestaltung Neuer Techniken mitzubestimmen." (*Hervorhebungen von den Autoren*)

Aus diesem Beschluß leiten wir einen gesellschaftsorientierten Ansatz für die "informations- und kommunikationstechnologische Grundbildung" ab, der auf zwei Säulen beruht:

1. Auswirkungen neuer Technologien auf die Menschen als abhängig Beschäftigte im Bereich

- der Produktion
- der Dienstleistungen (Büro und Verwaltung)

2. Auswirkungen neuer Technologien auf die Menschen in ihrem Reproduktionsbereich

- im öffentlichen Leben (z.B. Einkaufen, Sparkasse, Ämter)
- im Privatbereich (Freizeit)

Dieser Ansatz steht im Gegensatz zu dem benutzerorientierten Ansatz des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung, der 3 Lernfelder für die Schülerinnen und Schüler vorsieht:

- Prozeßdatenverarbeitung
- Textverarbeitung und Dateiverwaltung
- Simulation und Lernen

Innerhalb dieser 3 Lernfelder entwickelt das Landesinstitut Materialien für die Schule, in denen die folgenden 5 Prinzipien verfolgt werden sollen: Schülerorientierung, Handlungsorientierung, Problemorientierung (Algorithmenorientierung), Anwendungsorientierung und Gesellschaftsorientierung. Methodisch wird der projektorientierte Unterricht angestrebt.

Der benutzerorientierte Soester Ansatz geht "vom Schüler als gegenwärtigem und zukünftigem Benutzer" neuer Technologien aus, während der gesellschaftsorientierte Ansatz von den Auswirkungen

neuer Technologien ausgeht, denen die Schülerinnen und Schüler in ihrem Leben begegnen werden. In manchen Bereichen der Umsetzung gelangen die beiden Ansätze zu denselben Schlußfolgerungen, aber es gibt auch wichtige Unterschiede, die wir im folgenden darstellen wollen.

Die didaktische Ebene

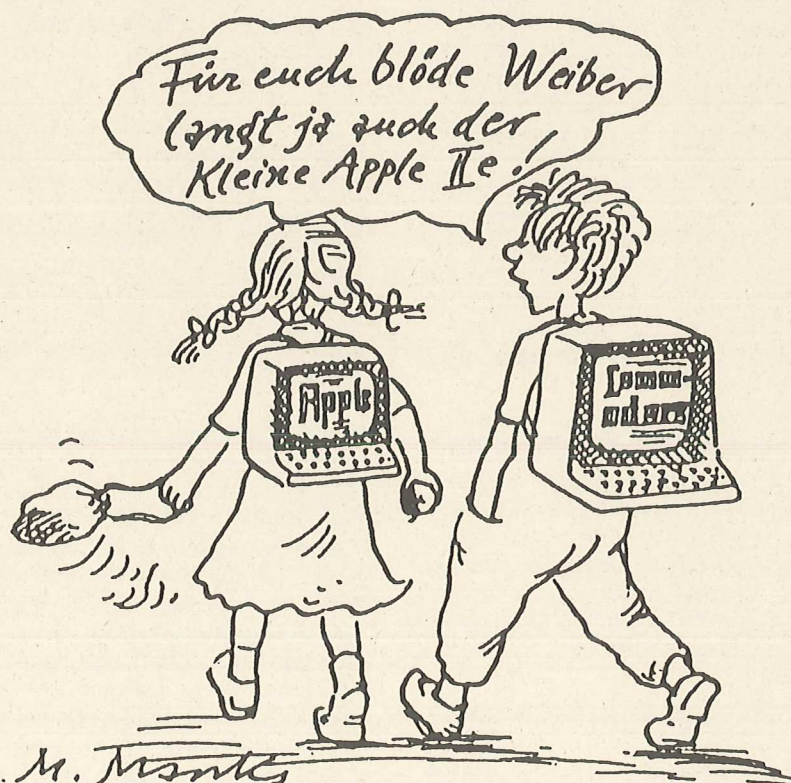
Eine Grundbildung Informations- und Kommunikationstechnologien muß zur Umsetzung der oben angegebenen bildungspolitischen Aufgaben und des gesellschaftsorientierten Curriculumansatzes die folgenden Elemente enthalten:

1. Die Grundbildung in "Informations- und Kommunikationstechnologien" muß in und an der Wirklichkeit stattfinden und darf nicht an der Tür zum Klassenraum haltmachen. *Die Schule muß sich öffnen.* Schülerinnen und Schüler müssen den Einsatz der Neuen Techniken in der Arbeitswelt, im öffentlichen Leben und in ihrer Freizeit erfahren. Das

kann geschehen durch gut vorbereitete Betriebsbesichtigungen, durch Diskussionen mit Betroffenen, in denen auch die historische Dimension entwickelt wird, durch Interviews von Vertretern verschiedener gesellschaftspolitischer Standpunkte usw. Nur in Ausnahmefällen darf diese Öffnung ersetzt werden durch "Erfahrungen aus 2. Hand." Dieser Ansatz bietet eine Möglichkeit, ein lang gefordertes gewerkschaftliches Ziel zu verwirklichen: Schule und Umwelt zu integrieren statt zu trennen. Diese Forderung ist in dem benutzerorientierten Konzept nicht zu finden.

2. Die Grundbildung muß *fächerübergreifend* sein, da die Auswirkungen der Neuen Technologien fast alle Gesellschaftsbereiche und damit fast alle Schulfächer berühren.

3. Die erste und zweite Forderung lassen sich am besten in Form des *Projektunterrichts* verwirklichen. Grenzen werden dieser Forderung gesetzt durch das Fehlen von genügend qualifizierten Lehrern, die



(Marie Marcks, SZ)

souverän die im Projektgedanken festgeschriebene Schülerorientierung verwirklichen können, und durch die an den Schulen vorhandenen Geräte und Programme. Die Soester Materialien lassen dann auch gerade im Bereich der Computernutzung den Schülerinnen und Schülern nur sehr wenig Möglichkeiten zur Entwicklung und Durchführung eigener Ideen.

4. Der Unterricht muß *handlungsorientiert* im zweifachen Sinne sein:

4.1 Er muß auf Handlungen hin orientieren, das heißt, die Schülerinnen und Schüler nicht nur mit Phänomenen konfrontieren (Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung durch Neue Technologien, Verdattung der Bürgerinnen und Bürger, Verkabelung...), sondern ihnen Möglichkeiten des Handelns aufzeigen: Es muß die Erkenntnis fördern, daß es keinen technischen Sachzwang für die Art und Weise gibt, ein EDV-System einzuführen, sondern daß sie ihren Arbeitsplatz sozial gestalten können.

Die den Entwicklungsprozeß vorantreibenden Kräfte müssen in diesem handlungsorientierten Ansatz ebenso benannt werden (z.B. *die Industrie oder das Militär*) wie die Möglichkeiten, Widerstand gegen die durch den Einsatz der Informatik in der Gesellschaft ausgelösten Umstrukturierungen zu leisten (z.B. *Volkszählungsboykott, Prozesse gegen die Installierung von Personalinformationssystemen*). Diese Form der Handlungsorientierung fehlt im Soester Konzept vollkommen, da Handlungsorientierung hier heißt, daß "die Schüler mit den Informations- und Kommunikationstechnologien umgehen, um Probleme und Aufgaben zu lösen, die sie selbst betreffen."

4.2 Er muß dort, wo es notwendig ist, die Schülerinnen und Schüler auch mit den technischen Geräten umgehen lassen. Allerdings ist für jede Unterrichtseinheit - auf dem Hintergrund der Lernziele - detailliert zu begründen, wozu der Computereinsatz dienen soll. Beispiele sollen diese Forderung verdeutlichen:

- Die Vernetzung von Computersystemen im Zahlungsverkehr läßt sich beispielsweise in einem

Rollenspiel ohne Computereinsatz realisieren.

- Die Verknüpfung großer Datenmengen läßt sich nur mit Computereinsatz und geeigneter Software (z.B. "Volksinformationssystem") durchführen, aber nicht jeder Schüler muß dies unbedingt durchführen.
- Schülerinnen und Schüler, die über längere Zeit "stumpfsinnige" Arbeit am Computerterminal durchgeführt haben, können darüber angemessener reflektieren als Schüler, die diese Erfahrung nicht gemacht haben.

Wir verkennen dabei nicht die Motivation, die vom Computereinsatz in der Schule auf die Schülerinnen und Schüler ausgeht und die es ermöglicht und/oder erleichtert, über gesellschaftliche Folgen und Gestaltungsmöglichkeiten zu reflektieren.

Bei manchen Materialien, die in Soest entwickelt wurden, scheint uns zuerst die Frage nach der Anwendungsmöglichkeit des Computers gestellt worden zu sein, ehe dann ein Projekt um diese Anwendungsmöglichkeit herum entwickelt wurde.

Forderungen an die Umsetzung in Schule und Lehrerfortbildung

Die Arbeitsgruppe Neue Medien im Referat Erziehungswissenschaften der GEW formulierte aus ihrem gesellschaftsorientierten Ansatz und den didaktischen Folgerungen Bedingungen, die vor der Einführung einer Grundbildung in Informations- und Kommunikationstechniken für die Schule realisiert werden müssen:

1. Zur Öffnung der Schule ist es unbedingt erforderlich, daß Stellen eingerichtet werden, die die Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern beginnen und begleiten (z.B. mit Industriebetrieben und Verwaltungen, um den Einsatz Neuer Techniken zu sehen. Mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Arbeitsloseninitiativen, um Sichtweisen und Erfahrungen durch Betroffene kennenzulernen...)

1.1 Es sind Regionalstellen einzurichten, die diese Zusammenarbeit mit außerschulischen Kooperationspartnern in der Region vorbereiten und Konzepte für die Zusammenarbeit der Schulen mit den Kooperationspartnern in der Region entwickeln.

1.2 In den Schulen müßten dies Lehrerinnen oder Lehrer leisten, die für ihre Arbeit entsprechend entlastet werden.

1.3 In den Schulen werden Stellen eingerichtet, die die Koordination der Grundbildungsprojekte in technischer und organisatorischer Hinsicht übernehmen.

2. Da die Öffnung der Schule und die Einführung einer Grundbildung in Informations- und Kommunikationstechnologien *alle* Fächer und Lernbereiche der Schule betrifft, müssen *alle* Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der neuen Technologien weiter- und/oder fortgebildet werden. Dies könnten die oben erwähnten Regionalstellen leisten. Ferner muß eine informations- und kommunikationstechnische Grundbildung für Lehrerinnen und Lehrer Bestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern werden.

3. Um Projektunterricht im Bereich der Neuen Technologien durchführen zu können, müssen den Schulen zusätzliche Lehrerstellen zugewiesen werden, damit sie Team-teaching durchführen können und bei Bedarf Gruppen teilen können.

4. Die für alle Schülerinnen und Schüler verbindliche Grundbildung Informations- und Kommunikationstechniken sollte ihren Ausgang wegen des hohen Abstraktionsgrades (z.B. Vernetzung von Computern oder Handlungsmöglichkeiten der Menschen) frühestens in Jahrgang 9 nehmen. Früher als ab der Jahrgangsstufe 9 sind die Schüler nach unserer Einschätzung kaum in der Lage, die durch die Informatisierung implizierten Folgewirkungen auf die Gesellschaft einzuschätzen und zu reflektieren.

Der Beschluß des Gewerkschaftstags läßt die Grundbildung ab Jahrgang 8 zu, weil die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 9 im Wahlpflichtunterricht vertiefend den Lernbereich "Informatik" wählen

können. Zur Zeit werden im Wahlpflichtunterricht der Jahrgangsstufen 9 und 10 allerdings die Inhalte der Grundbildung nicht vertieft. Wenn für Grundbildung und Wahlpflichtunterricht ein geschlossenes Konzept entwickelt würde, könnte auch für uns die Durchführung der Grundbildung im Jahrgang 8 sinnvoll werden, bei der jetzigen Konzeption gibt es für uns keinen Grund, die "informations- und kommunikationstechnologische Grundbildung" im Jahrgang 8 durchzuführen.

5. Da durch die Grundbildung in Informations- und Kommunikationstechnologien anderen Fächern Unterrichtsstunden genommen werden, muß das Kultusministerium die Lehrinhalte anderer Fächer neu gestalten - dies nicht nur für den Jahrgang, in dem die Grundbildung durchgeführt wird, sondern auch in anderen Jahrgängen, um Inhalte der Informations- und Kommunikationstechnologien in die Fächer zu integrieren.

6. Für den Einsatz in den Schulen müssen Hardware und Software didaktischen Anforderungen entsprechen:

- sie müssen ergonomischen Gesichtspunkten genügen (im Bereich der Software: benutzerfreundlich, sicher gegenüber Fehlbedienung... Im Bereich der Hardware: frei bewegliche Tastaturen und Bildschirme für jeweils 2 Schülerinnen und Schüler, geeignetes Mobiliar, geeignete Räume, in denen nicht allzu viele Schüler arbeiten müssen...)
- Um Projektunterricht realisieren zu können, müssen sie so variabel sein, daß sie die Kreativität der Schülerinnen und Schüler fördern. (Unseres Erachtens ist diese Forderung bisher noch nicht eingelöst, da die in den Materialien des Landesinstituts verwendete Hardware und Software die "Projekte" so einschränken, daß sie zwangsläufig zu Lehrgängen werden müssen.)

Entgegnung auf Hartmut Wedekind "Gibt es eine Ethik der Informatik?"

von Bernd Schneider und Gerhard Wohland

Die folgenden Ausführungen beziehen sich kritisch auf den Aufsatz "Gibt es eine Ethik der Informatik?" von Hartmut Wedekind im "Informatik Spektrum", (1987) 10: 324 - 328.

Dort kritisiert W. u.a. das FIFF (vgl. 325/II). Es ist, so würde er sicherlich selbst sagen, ein gutes Stück demokratischer Kultur, wenn Kritisierte ihrerseits ihre Argumente darlegen können. Dies soll im Folgenden geschehen. Dabei mag es sein, daß Sprache, Vokabular dieser Ausführungen den Ohren von InformatikerInnen etwas fremd klingen. W. konstatiert zu Beginn seines Aufsatzes (325/I) eine nach Literaturkreisen getrennte Behandlung des Themas. Dies erscheint uns bei einem Thema von solch allgemeiner Wichtigkeit als ein Mangel, inter-"fraktionelle" und vor allem interdisziplinäre Behandlung des Themas sind notwendig. Das hieße ganz praktisch: Ebenso wie ein Autor des hier vorliegenden Aufsatzes sich erst in die "Sprache der InformatikerInnen" einarbeiten mußte, verlangt der Aufsatz, daß sich InformatikerInnen im vorliegenden Fall nicht von einer "eher gesellschaftswissenschaftlichen" Sprache abschrecken lassen dürfen.

Ethik

Der Informatiker Dennett fragt in Bezug auf Computerentwicklung und deren Folgen (für den Alltag): "Können wir in Zukunft noch ein interessantes und zugleich moralisches Leben führen?" Weizenbaum, der ihn zitiert, ergänzt "Statt 'moralisch' könnte man auch 'verantwortungsbewußt' sagen?" (SPIEGEL 10/87, S. 112).

Es gibt zwei Begründungslinien, warum InformatikerInnen heute nach dem Sinn und Zweck ihres Tuns fragen:

Erstens: Informatik (Beispiel KI, Soziotechnik) stößt auf ihr immanente Grenzen. Aus dem Scheitern in bezug auf scheinbar Erreichbares (z.B. vollständiges oder zumindest weitestgehendes Ersetzen des geistigen Anteils menschlicher Arbeit in der Produktion durch Computersteuerung) folgt die Frage, was denn das "Mehr" des Menschen gegenüber bestimmten veräußerlichten (stofflich-materialisierten) Denkleistungen von ihm selbst sei. Dahinter steht also die Frage nach dem Wesen des Menschen.

Zweitens, und dies ist der Ausgangspunkt für W.s Aufsatz: Soziale, ökologische u.a. Fragestellungen, nicht zuletzt die Frage des Friedens (wie sie von entsprechenden sozialen Bewegungen, zu denen auch InformatikerInnen selbst gehören, gestellt werden) führen dazu, das Wozu der Informatik zu hinterfragen. Moral und Ethik werden untersucht, eine übergreifende Ethik gesucht. Diese Fragestellung ist derart wichtig, daß, angesichts nicht nur der gegenwärtigen "globalen Probleme" eine Diskussion auf diesem Feld notwendig ist. Diese Diskussion muß breit und offen, von allen Individuen und Wissenschaftsrichtungen geführt werden.

Vorweg eine These: Es gibt gegenwärtig nicht die Ethik im Sinne eines allumfassenden und einheitlichen, für alle verbindlichen Systems, vielmehr gibt es durchaus verschiedene (und unterschiedliche) Auffassungen über Inhalte und Verlaufsformen von ethischen Systeme-

men. Sie lassen sich grob unterscheiden in solche Ethiksysteme, die ihre Normen aus (wie auch immer begründeten) scheinbar überhistorischen, überkulturellen und übergesellschaftlichen ideellen (und idealen) Verallgemeinerungen gewinnen, und solchen, die die historischen und logisch-strukturellen Bedingungen gesellschaftlichen Lebens zum Ausgangspunkt und Prüfstein für das Entwickeln von Normen nehmen. Von diesem zweiten Ausgangspunkt aus wäre die Fragestellung: Wie kann man die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse human gestalten und in diesem so gestalteten Leben der Informatik und ihrer Praxis bewußt einen Platz zuweisen?

Das beinhaltet die Fragestellung nach einer (fach-)übergreifenden Ethik, die ihrerseits für jedes Fachgebiet konkretisierbar sein muß. Aus der Tatsache, daß wir hier erst an einem Anfang stehen, und aus einem zweiten, sachimmanenten Grund ist breiteste gesellschaftliche Diskussion über diese Ethik vonnöten: Soll eine (anzustrebende universelle) Ethik tatsächlich handlungsleitend für menschliche Lebenszusammenhänge sein, so müssen ihre Normen einerseits festgelegt sein, andererseits aber immer wieder der Überprüfung unterliegen. Und zwar, da es sich ja um Normen für alle handeln soll, der Überprüfung durch alle. Dabei müssen alle (und die Öffentlichkeit) weitgehend informiert sein.

Diese Öffentlichkeit herzustellen und an ihr mitzuwirken, ist ethisches Gebot (besonders) für InformatikerInnen, die an dieser Diskussion als Fachleute ihrer Disziplin und als "Menschen" teilnehmen und dies auch tun sollen, weil sie u.U. höchstpersönlich von den Folgen unmittelbar betroffen sind. Wenn InformatikerInnen somit zu Lebensfragen Stellung beziehen, dann ist das keine moralische Anmaßung, wie W. (325/II) unterstellt, sondern sie formulieren lediglich aus ihrer Position als InformatikerInnen (die sie gemeinsam finden) jeweils besondere Zugänge zu Fragen der Ethik, die sich u.U. von denen von BauarbeiterInnen, StahlwerkerInnen, LehrerInnen u.a. unterscheiden. Die erkenntnistheoretische Kategorie der Besonderheit hat

dabei nichts mit der soziologischen der Sonderstellung zu tun.

Zu W.s Ansätzen einer Ethik ohne Moral

Es soll hier in diesem Aufsatz nicht der Versuch gemacht werden, eine umfassende Definition von Ethik zu entwickeln. Dennoch ergeben sich aus dem bisher Gesagten einige Hinweise auf ihr Gegenstandsgebiet: Ethik reflektiert und systematisiert moralische Regeln für das Zusammenleben von Menschen. Eine solche Theorie der Moral muß insofern die praktischen Voraussetzungen und Folgen mituntersuchen, als das Zusammenleben der Menschen ein Aspekt ihrer Praxis ist. Somit könnte man den Inhalt von Ethik als aus dem praktischen Leben unter humaner Zielstellung abgeleitete und systematisierte Moralnormen für das praktische Leben beschreiben.

Obwohl W. die praxisbezogene Seite von Ethik unterschlägt, wenn er meint, diese Theorie formal betreiben zu können (vgl. 326/I), kann in diesem Aufsatz gezeigt werden, daß seine Ethik enorm praktische Implikationen hat.

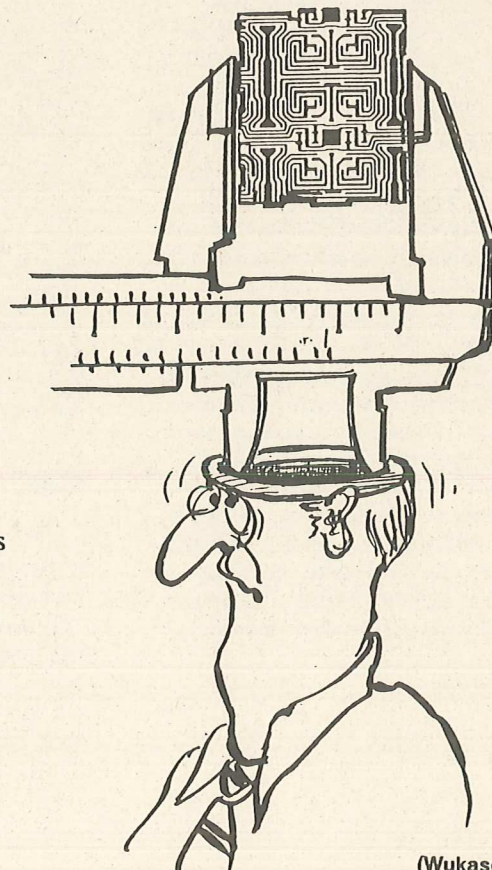
Zuvor allerdings zu zwei theoretischen Kritikpunkten:

1. Wenn Ethik Regeln des Zusammenlebens von Gruppen von Menschen oder gar der gesamten Menschheit zum Gegenstand hat und wenn Verantwortung ein zentraler ethischer Begriff ist, dann erscheint es logisch nicht haltbar, daß, wie W. behauptet, "Verantwortungs individualisierung" ... "von jeher für den Verantwortungsbegriff konstitutiv" sei (325/II). Sicher - Verantwortung für die Gestaltung eines lebenswerten Lebens tragen alle Individuen je gegenüber anderen, sich selbst und der

Natur: Was aber Verantwortung sowohl allgemein als auch in je konkreten Fällen bedeutet, das erfindet nicht jeder einzelne für sich, sondern das entwickelt sich gesellschaftlich-historisch. (Damit ist, nebenbei, nicht gesagt, daß nicht einzelne auch einen schöpferischen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung von Moral und Ethik liefern können. Das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum ist nicht so zu begreifen, daß das letztere mechanisch durch die erstere determiniert ist.)

Wenn das Wesen von Ethik gesellschaftlich, überindividuell ist, so kann man in Bezug auf das Erscheinen ethischer Normen sagen, daß diese immer auch den einzelnen (sehr individuell und persönlich) in die Pflicht nehmen. Insofern erscheint Verantwortung zu einem gewissen Grad immer auch individuell.

Allerdings wird W. der Beantwortung seiner Ausgangsfragestellung keinen Deut näher kommen, wenn er bei der Analyse eines zentralen ethischen Begriffes auf der Erscheinungsebene des Gegenstandes verharret und nicht zu dessen Wesen vordringt.



(Wukasch)

2. Über das Verhältnis von "Logik, Ethik und Moral" (man beachte die Reihenfolge) macht W. zwei widersprüchliche Aussagen, nämlich 1. sie "gehören eben zusammen" (327/I) und 2. daß Ethik (wie ihre "Schwesterwissenschaft ... Logik" (326/I)) "formal, ohne Inhalte betrieben werden könne" (326/I). Die erste u.E. richtige Aussage gebraucht W. lediglich diskussionstaktisch gegen Hans Jonas (vgl. 327/I), um sich selbst nicht daran zu halten. Seine Ausführungen nämlich entwickelt er auf der Basis der zweiten Aussage. Und hier verwechselt W. einiges:

Erstens, nämlich die Tatsache, daß Ethik in Bezug auf je spezifisch-fachliche Anwendungen übergreifend und insofern auch im Sinne des Allgemeinen gegenüber dem Besonderen und dem Einzelnen "anwendungsunabhängig" (so W. selbst, 326/I) sein muß, mit der Frage, welche Inhalte Ethik hat. Diese Inhalte werden von W. zu Recht als Moral benannt (326/II). Ethik kann sich natürlich nicht immer wieder nur aus jeder einzelnen Fachdisziplin begreifen, sie muß aber andererseits gegenüber jedem Fachgebiet ganz konkrete inhaltliche moralische Normen haben. Insofern kann Ethik nicht inhaltsleer, ohne Moral existieren, sondern höchstens allgemein: Allgemeingültigkeit und Inhaltsleere sind aber zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Zweitens, wenn man Ethik lediglich auf ein formallogisches System reduziert (besser reduzieren will), wie W. das tut, dann kommt bei dem Ganzen nur wieder heraus, daß man Begriffe mit Hilfe eines logischen Modells in Beziehung setzen kann. Punkt. Dies ist nicht nur ein mageres Resultat, die W.sche Logik ist auch nicht in der Lage, moralische Normen in ihrem Spannungsverhältnis zum wirklichen Leben zu begreifen, was aber inhaltlich konstitutiv für Ethik ist. Das wird schon dann klar, wenn man W.s Beispiel für einen Moralsatz genauer unter die Lupe nimmt: "Du sollst nicht töten" sei wohl der "berühmteste" (!) (326/II). Allein, gibt es nicht historische Situationen, in denen Töten ethisch gerechtfertigt wird, wie z.B. das versuchte Töten Hitlers beim Anschlag des 20. Juli 1944?

Bei der Untersuchung dieses Beispiels zeigt sich, daß der von W.

eingeschlagene, scheinbar "risikolose" Weg, Ethik inhaltslos, d.h. ohne Moral zu fassen, nicht zu einem tieferen Verständnis von Ethik führen kann. W. nimmt zwar in seine formale Abhandlung über Ethik nicht deren praktische Seite auf, aber eine nach seinen Vorstellungen gestaltete und scheinbar ausreichend ethisch legitimierte Lebenshaltung hat, wie gesagt, enorm praktische Auswirkungen. Dies soll durch die nun folgenden Ausführungen belegt werden.

Morallose Ethik als praktisches Bedürfnis

Sowohl W. (man nehme sein Beispiel über Parnas "mitgeteilte Lebensmoral" vgl. 325/I) als auch wir gehen davon aus (vgl. S. dieses Aufsatzes), daß das Interesse von InformatikerInnen an Ethik nicht irgendwelchen philosophisch-theoretischen, sondern letztlich enorm praktischen Bedürfnissen entspringt.

Dies bedeutet im Fall der von uns hier behandelten Begründungslinie nichts anderes, als daß InformatikerInnen moralische Zweifel an bestimmten Aufträgen haben. Die konservativen InformatikerInnen (dazu rechnen wir W.), "die" Wirtschaft u.a. haben nun Konzepte zu entwickeln, wie mit diesen moralisch-aufmüpfigen Kollegen umzugehen ist bzw. wie man eine weitere Ausbreitung dieser Moral auffangen kann. Das hat wiederum einen ganz einfachen und praktischen Grund: Solche Moral nämlich ist dazu ange-tan, bestimmte Aufträge zumindest zeitlich zu verzögern und enorm zu verteuern, wenn nicht (Schreckgespenst) gar ganz zu verhindern. Wie aber auffangen?

Man kann sicherlich solch selbstbewußten und klugen Leuten wie den InformatikerInnen nicht einfach den Befehl geben, Moral beiseite zu schieben. Das würde nicht helfen, haben doch moralische Zweifel die "organische" Hartnäckigkeit von Viren! Man muß also zu anderen Mitteln greifen, und da ist das zunächst beste Mittel, "moralgefährdete" Personen sich scheinbar mit Moral (also mit ihrem eigentlichen Problem) systematisch beschäftigen zu lassen, dies aber in Wirklichkeit gar nicht in einer Art

und Weise, die jeweilige Aufträge wirklich an inhaltlich-moralischen Maßstäben mißt. Das ist das praktische Bedürfnis, das hinter W.s "risikoloser" Ethik ohne Moral steht. Dabei ist es auch nicht ungeschickt, daß W. sein Modell der Ethik, die sonst in für InformatikerInnen sprachlich und gedanklich fernen Wissenschaften wie Philosophie etc. betrieben wird, in der vertraute Sprache der formalen Logik anbietet. Dieser formale Umgang mit Moral kann aus der Sicht von (bestimmten) AuftraggeberInnen nicht schaden: und aus diesem Gesichtswinkel ist es nicht in erster Linie eine Schwäche von W.s theoretischen Reflexionen, wenn er (in der Allgemeinheit fälschlich) in Bezug auf "risikobehaftete Übergänge einer Entwurfsethik" (327/II), d.h. solche logischen Deduktionen, die nur durch spezielles Fachwissen gerechtfertigt sind (vgl. 327/II), zu dem Schluß kommt: "Wer im konkreten Ringen um ein konsensfähiges Wissen mit anderen in schweren Interessenskonflikten liegt, den läßt die Philosophie allein im Regen stehen." Und dann weiterspekuliert: "Wahrscheinlich muß das so sein." (328/I) Das ist nichts anderes als die Handlungsanleitung von W. an Betroffene, in dem Augenblick, wo sie am dringendsten moralische Orientierung brauchen, diese nicht dort zu suchen, wo sich die Gesellschaft (allgemein) mit Moral beschäftigt.

Wenn auch W. das Problem der Allgemeinheit einer übergreifenden Ethik mit "Inhaltsleere" verwechselt (vgl. S. dieses Aufsatzes), so spürt man doch, daß natürlich allgemeine Normen mehr oder weniger direkt auf besondere bzw. einzelne Probleme beziehbar sind. Das heißt, eine Beschäftigung mit der Philosophie u.a. birgt die Gefahr, daß der Beauftragte in der Weltgeschichte bis dato nicht bekannte moralische Argumente gegen seinen Auftrag findet.

W. selbst enthebt sich so, ganz nebenbei, der zentralen Aufgabe, den "Punkt" zu benennen, wo Aufträge unmoralisch werden. Er selbst wird es sicherlich nicht für gerechtfertigt halten, an der Entwicklung von Waffen mitzuarbeiten, damit Iran und Irak sich bekriegen, einen Teil der Ölversorgung der Menschheit vernichten und eine riesige

Umweltkatastrophe heraufbeschwören können. Aber wo genau liegt der Punkt, an dem Schluß ist mit der Erledigung von Aufträgen, weil diese unmoralisch sind?

Hier liegt noch ein recht eindeutiges Beispiel vor: Wesentlich komplizierter und differenzierter stellen sich die scheinbar unbedeutenden tagtäglichen mit Aufträgen verbundenen moralischen Probleme. Wo schlägt hier in einem arbeitsteiligen Prozeß Moral in Unmoral um?

Unseres Erachtens kann hier nur breiteste Diskussion und demokratische Konsensfindung unter Berücksichtigung philosophischer Wertesysteme, die hier sehr wohl wichtige Hinweise auch für den einzelnen geben können, diese Probleme angehen und lösen helfen. Dagegen empfiehlt W. "Verantwortungsindividualisierung". Geht es im oben genannten Zusammenhang um die Isolierung von den wichtigen Denk- und Kommunikations-Zusammenhängen der Philosophie, so geht die Individualisierung noch weiter: Natürlich steht in der Regel eine Person, die bewußt nur als einzelne gegen einen unmoralischen Auftrag opponiert, viel isolierter und schwächer da, als wenn z.B. große Teile der durch diese Person (und eventuell andere InformatikerInnen) informierten Öffentlichkeit dies tun. Im ersten Fall wird sich der Auftraggeber mit Sicherheit durchsetzen, notfalls wird die Person, die sich ja qua W.scher Verhaltensanforderung individualisiert, das heißt auch gegenüber anderen isoliert hat, durch eine andere, willigere Person ersetzt. Die Macht, Personen auszutauschen, mit allen nachteiligen Folgen, wie z.B. Versetzung, Entlassung, ggf. Regreßforderungen oder im Falle eines Selbständigen, Entzug einer Zusammenarbeit (keine weiteren Aufträge mehr), diese, die jeweilige Existenz folgeschwer betreffende Macht, hat natürlich der Auftraggeber. Dieser Macht Moral entgegenzusetzen, kann natürlich nur gelingen, wenn man sich mit anderen über Probleme zusammentut.

Wir kommen in diesem Zusammenhang zum letzten Punkt der Kritik an W.s praktisch-ethischen Implikationen. Ebenso wie die Individualisierung propagiert W. auch

die "Verantwortungsbeschränkung" (325/II). Das Resultat ist nicht neu: Isolierung. Im Rahmen einer sachlichen und moralischen Arbeitsteilung sollen InformatikerInnen nur den ihnen von vornherein zugewiesenen und erlaubten Platz einnehmen: "Der Informatiker als Informatiker hat zu sagen, was Sache ist, mehr nicht." (325/I/II)

Und so ist es auch konsequent (wenngleich theoretisch nicht haltbar), wenn W. "vor allem eine endogene Ethik beleuchten (will), die im Fach selbst zu begründen ist" (325/I). Die Beschränkung nämlich läßt die Frage nach der Moralität des Auftraggebers völlig außen vor. Wer ist das Subjekt unmoralischer Aufträge, die InformatikerInnen gefälligst ohne großes Reden zu erledigen haben, nach W.s "Imperativ der Sache", wie kommt es zu unmoralischen Aufträgen? Stecken dahinter lediglich moralische Blackouts oder Methode? Wenn es nur Einzelfälle sind, wieso können diese sich in einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft (u.U. gegen die Mehrheit) durchsetzen? Solche und ähnliche Fragen sind natürlich Konservativen, am Status Quo Interessierten, nicht genehm. Da sich aber andererseits gewisse ethische Bedenken nicht verbieten lassen, muß deren Behandlung - wie gezeigt - in "risikolose" Wege gelenkt werden.

Von einem konservativen Standpunkt aus erweisen sich solche ErledigerInnen von Aufträgen als "risikolos", die sich in ihrer Moral beschränken, die aber auf jeden Fall eine gewisse Scheinkompetenz (auch für eine eventuelle Auseinandersetzung) in Sachen Ethik haben. Wenn aber moralische Zweifel tiefer sitzen, dann sollen sich solche KollegInnen von anderen isolieren. Dermaßen Isolierte sind leichter zu beherrschen.

(Bernd Schneider, 39, bis 1987 arbeitsloser Gymnasiallehrer, Lehr-tätigkeit und unbezahlte Forschung über "Marxistische Reproduktionstheorie", ist seit 1987 Geschäftsführer des Vereins "Selbsthilfe hessischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler". Zu Gerhard Wohland siehe Kurzinformation am Ende von THESEN)



ÜBERALL

Die Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION ist noch nicht damit zufrieden, wie sich die Rubrik FIFF-ÜBERALL entwickelt. Die meisten Beiträge (ab dieser Ausgabe auch über die überregionalen Arbeitskreise) entstammen nach wie vor den Berichten von den FIFF-Beiratssitzungen und sehr wenige kommen direkt aus den Regionalgruppen oder AKs. Vielleicht wird das doch noch anders. Jeder auch noch so kurze Beitrag über regionale Aktivitäten ist willkommen.

Berlin

Aus der Berliner FIFF-Gruppe wurde angeregt, eine Wissenschaftler-Initiative gegen Apartheid aufzugreifen bei der eine weltweite computervermittelte Solidaritätskette entstehen soll. Sie wurde eingerichtet von Prof. Mzobawi Mboya aus Cape Town. Im FIFF-Beirat herrschte Einmütigkeit darüber, daß Rassismus und insbesondere die Apartheid in Südafrika ein Thema für das FIFF sein sollte. Der Einsatz von Informationstechnik stützt das Rassistenregime und verschlechtert die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung erheblich. Am Beispiel Südafrika lassen sich Herrschafts- und Unterdrückungspotential der Technik gut demonstrieren. Auch ist hier die Frage nach "Neuen Wegen" besonders radikal zu stellen.

Bonn

Der Einladung zum ersten Treffen der FIFF-Mitglieder im Großraum Bonn am 1. Dezember 1988 waren nur wenige Mitglieder und Interessenten gefolgt. Gleichwohl kam es zu einer lebhaften und interessanten Diskussion zum Thema "Militärisch-zivile Verflechtungen in

aktuellen Bereichen der Informatik". In der Hoffnung auf mehr TeilnehmerInnen im neuen Jahr laden wir zum nächsten Treffen am 19. Januar 1989 in die FIFF-Geschäftsstelle ein. Regionale Kontaktadresse für den Großraum Bonn: Manfred Domke (siehe ADRESSEN).

Bremen

FIFF Bremen hat mit anderen Gruppen (GEW, SPD, ...) für Schulklassen eine Wanderausstellung "Schreck laß' nach" - Verteidigungskonzepte im Vergleich, erstellt. Reinhold Franck und Hans-Jörg Kreowski waren jeweils mit einem Vortrag beteiligt. Diese Ausstellung ging in Bremen mit vielen Besuchern und gutem lokalen Presseecho erfolgreich zu Ende.

Die Regionalgruppe diskutiert über einen neuen Arbeitsschwerpunkt, da das bisherige Thema "Informatik und Militär" in einem Bundesarbeitskreis weiterbearbeitet wird.

An der Universität gab es Ende November eine vom FIFF mit initiierte Veranstaltung, auf welcher die Universitätsleitung zu kritischen Fragen (Regionalbezug zu Rüstungsbetrieben, friedliche Welt-raumforschung, etc.) Stellung bezogen hat.

Darmstadt

Alle 14 Tage findet ein - nicht als FIFF-Veranstaltung deklarerter - Diskussionsstammtisch statt.

Erlangen

Als Folge einer erfolgreichen Podiumsdiskussion zum Thema "Verantwortung des Informatikers" der Fachschaft Informatik an der Uni wurde auf einem Treffen von FIFF-Mitgliedern ein Reaktivierungsversuch der Regionalgruppe

beschlossen. Das nächste Treffen wird am 16. Januar 1989 stattfinden.

Frankfurt

Es ist eine Veranstaltung zu Patientendateien geplant.

Für die Vorbereitung der Jahrestagung 1989 hat sich eine eigene Gruppe gebildet, die durch StudentInnen aus der Fachschaft Informatik verstärkt wird. Schwerpunktthema soll die Vernetzung sein (siehe dazu den Betrag mit Kontaktadresse in AKTUELL).

Koblenz

Die Gruppe ist aktiv am Arbeitskreis "Neue Wege in der Informatik" beteiligt.

Köln

Die seit dem 26. September bestehende, noch kleine Regionalgruppe will Kontakt zu der nach Köln verlegten Technologieberatungsstelle aufnehmen.

München

Die Münchner haben eine neue Kontaktadresse: Bernd Rendenbach (siehe ADRESSEN).

Die dortige Regionalgruppe veranstaltet ein monatliches Treffen zusammen mit der Münchner Volkshochschule.

Prof. Parnas mußte einen bereits angekündigten Besuch für das Novembertreffen wegen Krankheit absagen. Es hielt dafür Tom Gilb, ein bekannter unabhängiger Berater, einen Vortrag über die Möglichkeit, mit Hilfe von Quantifizierungen so argumentieren zu können, daß auch hartgesottene Technokraten (Politiker?) für die eigentlichen

(nicht-quantifizierbaren) FIFF-Argumente erreichbar werden. Als Beispiel zerlegt er "safety" in meßbare Teile wie Zuverlässigkeit (Maß: "meantime between failures"). In der Diskussion wurde ihm generell zugestimmt, jedoch die Anwendbarkeit auf z.B. Angst in Frage gestellt.

Münster

Als Beginn einer Regionalgruppe ist ein Stammtisch gegründet worden.

ISDN-AK

Die ISDN-Arbeitsgruppe auf der Jahrestagung in Hamburg war ein voller Erfolg für den bundesweiten Arbeitskreis.

Er hat zur Zeit ca. 40 Mitglieder aus dem gesamten FIFF-Spektrum. Für 1989 ist ein ISDN-Workshop in Planung.

AK "Neue Wege in der Informatik"

Eine umfassendere Neuauflage der Broschüre "Neue Wege in der Informatik" wird vorbereitet. Es scheint sich ein weiterer Arbeitsschwerpunkt "Informatik und Friedensforschung" herauszubilden.

Eine Wiederbelebung der entsprechenden Fachgruppe der GI ist wünschenswert, da eine Zusammenarbeit mit ihr für notwendig angesehen wird.

VIELZWECK-SCHNIPSEL

Die/Der bin ich:

Name: _____ Straße: _____
 Wohnort: _____ Mitgliedsnummer (falls bekannt): _____
 Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): _____ (Arbeit): _____

Das möchte ich:

- ☐ Ich möchte ☐ aktives bzw. ☐ förderndes Mitglied des FIFF werden
 (Mindestbetrag ist für Verdienende DM 60.--, für Studierende DM 15.-- pro Jahr)
☐ Ich überweise DM _____ auf Konto 048000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)
☐ Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

☐ Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:
 Straße: _____ Wohnort: _____

☐ Ich möchte FIFF etwas spenden
☐ Verrechnungsscheck über DM _____ liegt bei
☐ Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

☐ Ich möchte mehr über FIFF wissen, bitte schickt mir _____

☐ Ich möchte gegen Rechnung zuzüglich Portokosten bestellen:

☐ Ich möchte FIFF informieren über einen Artikel/ein Buch
☐ Zitat (siehe unten)
☐ Kopie liegt bei

☐ Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit
☐ einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)
☐ einer Anregung (siehe unten)

☐ Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag: DM _____ Erstmals: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

Geldinstitut: _____ Wenn das Konto keine

Deckung ausweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen

Name: _____ Straße: _____

Wohnort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)

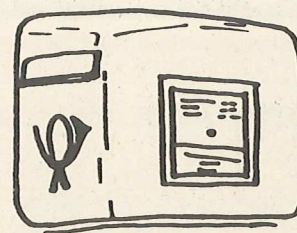
Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF) Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1

ADRESSEN

Das FIFF bemüht sich den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende Kontaktadressen wurden uns bisher gemeldet, weitere werden hoffentlich folgen (vorzugsweise mit Telefonnummer).

Regionale Kontaktadressen

- | | |
|---|--|
| <p>1000 Michael Löwe
Togostr. 73
Berlin 65</p> <p>2000 Simone Pribbenow
Fachbereich Informatik
Bodenstedtstr. 16
Hamburg 50
Tel. (040) 4123 6115</p> <p>2370 Hans-Otto Kühl
c/o Schleswig AG
Kieler Str. 19
Rendsburg
Tel. (04331) 201-2187</p> <p>2800 Karin Vosseberg
Universität Bremen
Fachbereich Informatik
Postfach 330440
Bremen 33
Tel. (0421) 218 2280</p> <p>2900 Fachschaft Informatik
Carl-von-Ossietzky-Universität
Ammerländer Heerstraße
Oldenburg</p> <p>4600 Thomas Jandach
Emil-Figge-Str. 9/208
Dortmund 50</p> <p>5000 Manfred Keul
Landsbergstr. 16
Köln
Tel. (0221) 317911</p> <p>5330 Manfred Domke
Ölbergstraße 94a
Königswinter</p> <p>5400 Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
Koblenz
Tel. (0261) 12156
(App. 292)</p> | <p>6000 Ingo Fischer
Dahlmannstr. 31
Frankfurt 60</p> <p>6101 Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
Groß-Bieberau
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039</p> <p>6750 Andreas Künkler
Ziegelstr. 42
Kaiserslautern
Tel. (0631) 2052630 oder
29498</p> <p>7000 Karsten Hofmann
Gorch-Fock-Str. 1
Stuttgart 75
Tel. (0711) 472626</p> <p>7500 Wolfgang Hinderer
Speyrer Str. 7a
Karlsruhe</p> <p>7750 Michael Grütz
Marktstätte 11
Konstanz</p> <p>7800 Gerd Schellmann
Habsburgerstr. 60
Freiburg
Tel. (0761) 30951</p> <p>8000 Bernd Rendenbach
Holzstr. 24
München 5</p> <p>8520 Prof. Dr. Horst Müller
Inst. f. math. Maschinen und
DV der Universität
Erlangen-Nürnberg
Mertenstr. 3
Erlangen</p> <p>8700 Klaus Junker-Schilling
Winterleitenweg 45
Würzburg
Tel. (0931) 883711</p> <p>8900 Eberhard Zehendner
Schubertstr. 4
Augsburg
Tel. (0821) 414554</p> |
|---|--|



Kontaktadressen der über-regionalen Arbeitskreise

ISDN-AK

Hans Rupp
Friedrich-Merz-Str. 32
6101 Groß-Bieberau
(bei Darmstadt)
Tel. (06166) 8039

AK "Neue Wege in der Informatik"

Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
5400 Koblenz
Tel. (0261) 12156 (App. 292)

FIFF-Geschäftsstelle

FIFF-Geschäftsstelle
Reuterstr. 44
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 219946.

Das Büro ist Dienstags 14-19 Uhr und Donnerstags 16-19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über Konto 48000798 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).

LESEN?

Geschenkt!

Die Berliner haben noch einige Exemplare ihres Buches "Militarisierte Informatik" aus dem Jahre 1985 übrig. Der "geschichtliche" Teil ist leider absolut zeitlos und so auf-rüttelnd wie ehemals, lediglich der damals "aktuelle" Teil ist heute bereits teilweise veraltet. Das Buch kann daher nicht mehr verkauft werden, die Berliner verschenken es aber gegen Beteiligung an den Portokosten (siehe Bezugsquellen-hinweis im IMPRESSUM).



Restrisiko ...

Wer an dem Film und seiner größtmöglichen Verbreitung interessiert ist, kann zu seiner Finanzierung (Kosten ca. 120.000 DM) durch den Kauf einer VHS-Video-kassette (Siehe Bezugsquellenhinweis im IMPRESSUM) oder eine Spende beitragen (auf das Konto des IPF beim Postgiroamt München, Konto Nr. 61155-800, Kennwort "Filmprojekt Restrisiko").

Publikationen des AK Rat Bonn

Vom AK Rationalisierung Bonn (siehe Leserbrief im FORUM) liegen folgende Publikationen vor, die über die Adresse



AK Rationalisierung
im Technik und Leben e.V.
c/o Reinhard Linz
Kessenicherstr. 98
5300 Bonn 1

bezogen werden können:

AK Rationalisierung Bonn (Hrsg.):
Verdatet, verdrahtet, verkauft -
Beiträge zum Thema "Informatik
und Gesellschaft", Stuttgart (2.
Auflage 1986)

Materialien und Dokumentation
zum Kooperations-Kongreß Hoch-
schule/Gewerkschaft "Auswirkun-
gen neuer Technologien" in Bonn im
Mai 1981, Bonn 1982.

KLAUS HESS: Automatisierung
geistiger Prozesse - Was bedeutet:
Menschliche Fähigkeiten verschwin-
den im Computer? In: Norbert
Müllert (Hrsg.): Schöne elektroni-
sche Welt, Hamburg 1982.

THOMAS HERRMANN: Rationa-
lität und Irrationalität in der
Mensch-Computer-Interaktion,
Magisterarbeit. Bonn 1983.

THOMAS HERRMANN: Zur
Gestaltung der Mensch-Computer-
Interaktion: Systemerklärung als
kommunikatives Problem. Tübingen
1986.

AK Rationalisierung Bonn: Dem
Bildschirm ausgeliefert? Formen,
Stand, Tendenzen der Textverar-
beitung (mit der Geschichte von der
Insel). In: EDV, Textverarbeitung
Bildschirmarbeit, Berlin 1983.

TERMINE

In dieser Rubrik ist jede Menge Platz für Termine von Veranstaltungen, die für Leser der FIFF KOMMUNIKATION interessant sein könnten. Hinweise auf Veranstaltungen bitte an die Redaktion senden (Offensichtlich ist dies sehr notwendig. Anschrift siehe IMPRESSUM).

18. Februar 1989, Bonn,
Sitzungen des FIFF-Vorstands
(10 Uhr) und des FIFF-Beirats
(13 Uhr)

FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstr. 44,
5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219946.

10. bis 12. März 1989, Minden,
Gründungsversammlung des
"Bundes für Soziale Vertei-
digung"

Kontakt: Kongreßbüro, Aktions-
gemeinschaft Friedenswoche
Minden e.V., Alte Kirchstr. 1a,
4950 Minden, Tel. (0571) 24339

IMPRESSUM

Die **F!FF** KOMMUNIKATION ist das Mitteilungsblatt des **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (F!FF)**.

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

Heftpreis: 3.-- DM, F!FF-Mitglieder erhalten die **F!FF** KOMMUNIKATION im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 1500

Verlagsadresse: F!FF-Geschäftsstelle, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219946.

Druck: PR-Druck und Verlag, Dorotheenstr. 117, 5300 Bonn 1

Redaktionsadresse: Christine Fischer, Solalindenstr. 108, 8000 München 82

Redaktions-Team für F!FF KOMMUNIKATION 1/89: Peter Bader, Hildburg Brass, Ulrich Czucka, Christine Fischer (verantwortlich), Friedemann Gerster-Streit, Uli Kick, Peter Kaiser, Winfried Seidel, Willy Schürer, Hellmut Weber (verantwortlich)

Redaktionsschluß für F!FF KOMMUNIKATION 1/89:

13. Februar 1989 (Leserbriefe
27. Februar 1989).

Was will das F!FF?

Im **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (F!FF)** e.V. haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im F!FF sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Der F!FF-Vorstand

Prof. Dr. Reinhold Franck
(Vorsitzender)
Saarbrücker Str. 43
2800 Bremen 1

Christine Fischer
Solalindenstr. 108
8000 München 82

Helga Genrich
(Stellvertr. Vorsitzende)
Im Spicher Garten 3
5330 Königswinter 21

Prof. Dr. Wolfgang Hesse
Pienzenauer Str. 5
8000 München 80

Ralf Klischewski
Daimlerstr. 77
2000 Hamburg 50

Gilla Reckert
Fuldastr. 22
4600 Dortmund 41

Chrisanthos Vasiliadis
Franz-Rücker-Allee 39
6000 Frankfurt/Main 90

Dr. Hellmut Weber
Degenfeldstr. 2
8000 München 40

Bezugsquellenhinweise

Die Ausarbeitungen des Seminars "Gesellschaftliche Verantwortung der Informatiker" sind zum Preis von 6.-- DM erhältlich bei

Frau Kilgore
Fachbereich Informatik
Universität Kaiserslautern
6750 Kaiserslautern

Bestellungen von VHS-Video-kassetten mit dem Film "Restrisiko" (80.-- DM) sind zu richten an das Institut für Psychologie und Friedensforschung e.V.
Frundsbergstraße 24/26
8000 München 19

Restexemplare des Buchs "Militarisierte Informatik" können von Rudolf Wilhelm
TU Berlin, Sekretariat FR 5-10
Franklinstr. 28-29
1000 Berlin 10

bezogen werden. Bitte in Briefmarken 1.-- DM (1 Buch), 1.80 DM (2 bis 4) oder 2.60 DM (5 bis 9 Bücher) für Porto beilegen.

SCHLUSS-

KI durchgebrochen ?

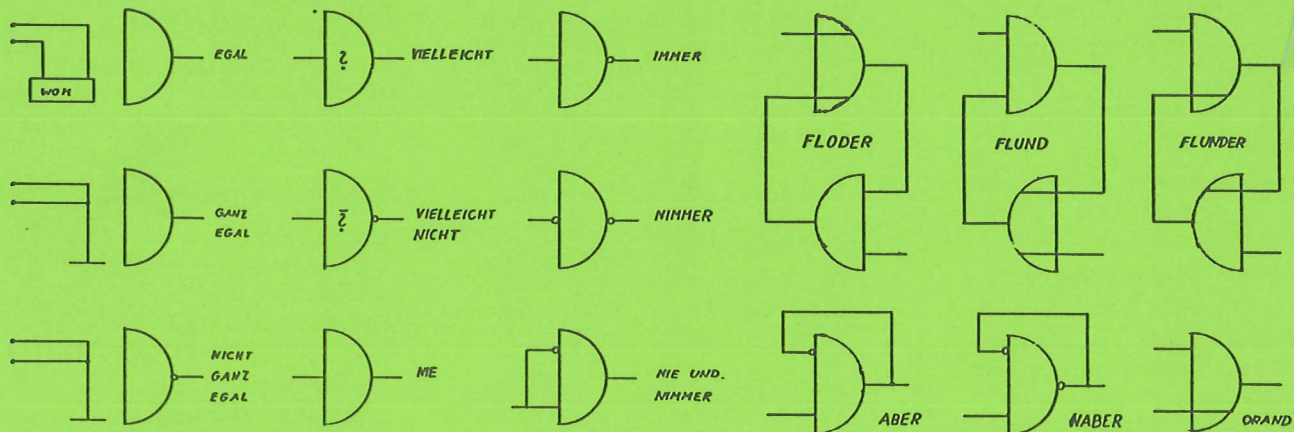
Während die KI-Experten in Japan und USA trotz fieberhafter Forschungsarbeiten nach wie vor auf den großen Durchbruch warten, scheint wieder einmal einer kleinen, bisher völlig unbekannten Garagenfirma der große Coup geglückt zu sein: Mit freundlicher Genehmigung durch Herrn Dipl.-Ing. Andreas Soik, Chefentwickler der Fa. Bavarola Untruments Inc. aus dem idyllischen Silicon Isarvalley veröffentlichen wir hier erstmals und exklusiv bisher streng geheime Entwicklungsunterlagen zu einer neuen Familie von Logikbausteinen, von denen man annehmen darf, daß sie die Basis zukünftiger KI-Schaltkreise darstellen werden, mit denen die Realisierung der ehrgeizigsten Projekte dieser Informatikdisziplin gelingen dürfte.

Zunächst die Erklärung einiger neuer Fachwörter:

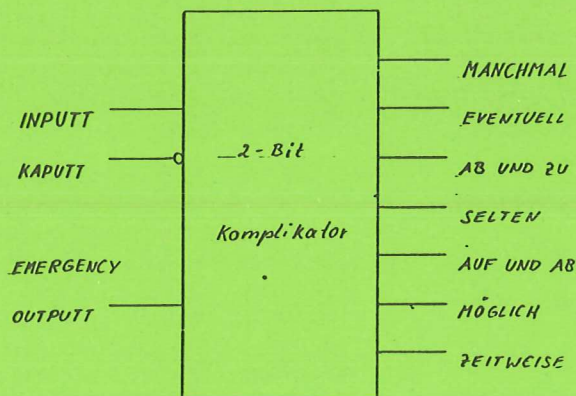
WOM: Write-Only-Memory:
wird benötigt, um intelligenten Computern die menschliche Eigenschaft des Vergessens zu verleihen.



EGAL- und VIELLEICHT-Gatter u.a.: (engl. DON'T MIND und PERHAPS) spezielle KI-Schaltkreise mit vagen Eingängen und unsicheren Ausgängen.



Zusammenhang-Verwirrer:
Weiterentwicklung des Bit-Pattern-Matchers (Motto: Genies beherrschen das Chaos); technisch realisiert wird dieses Halbfabrikat durch eine komplizierte gemischt seriell und parallel geschaltete Ansammlung von 2-Bit-Komplikatoren; Die Darstellung eines detaillierten Netzplanes würde den Rahmen dieses Heftes sprengen. Wir beschränken uns deshalb hier auf die Darstellung des Grundbausteins.



BLABLA: Multiprozessor ("Konferenz")-Version von SMALLTALK

Um Ihnen eine Vorstellung von den potentiellen Möglichkeiten dieser neuen Technologie zu geben, stellen wir im nächsten Heft neben weiteren Grundbausteinen noch 2 demnächst in Serienproduktion gehende Halbfabrikate vor, die mit diesen Grundbausteinen realisiert werden.